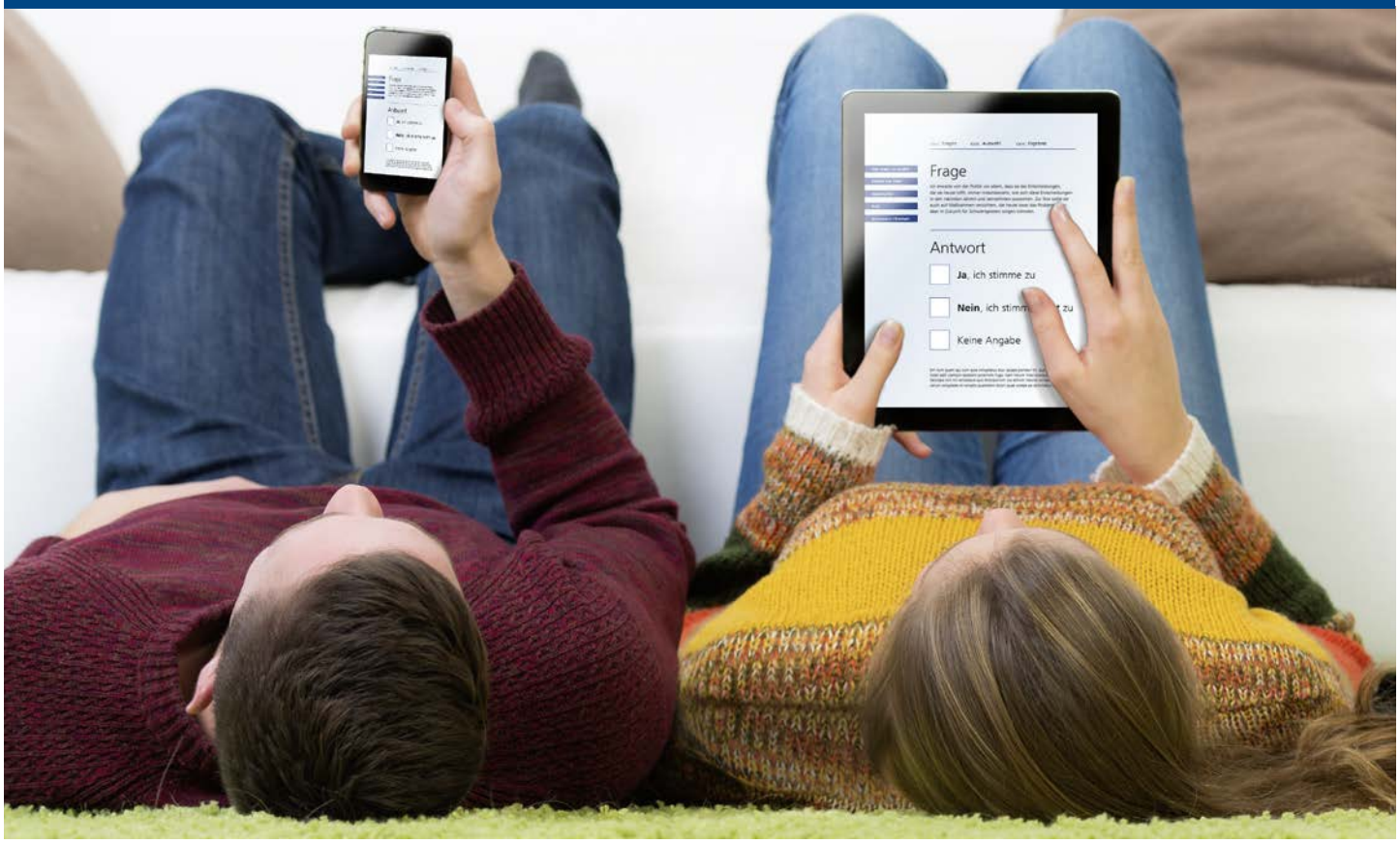
Generation Wahl-O-Mat

Fünf Befunde zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie im demographischen Wandel

Robert Vehrkamp, Stephan Grünewald, Christina Tillmann, Rose Beaugrand



BertelsmannStiftung

Generation Wahl-O-Mat

Fünf Befunde zur Zukunftsfähigkeit der Demokratie im demographischen Wandel

Robert Vehrkamp, Stephan Grünewald, Christina Tillmann, Rose Beaugrand

Eine gemeinsame Studie von:

rheingold institut | BertelsmannStiftung

Inhalt

Vorwort 6

Über die Studie 8

I. Zukunftsfähigkeit im demographischen Wandel – die Achillesferse der Demokratie? 10

1. Rückzug in die Gegenwart 11
Krisenerfahrungen und das Gefühl der Überforderung durch zunehmende Komplexität verstärken in allen Generationen die Gegenwartsorientierung. Der Rückzug in die Gegenwart dient vielen Menschen als Strategie gegen zunehmende Komplexität und Krisenangst.

2. Leitbilder erzeugen Zukunftsorientierung 14
Politische Weltanschauungen und klare Leitbilder führen bei vielen Menschen zu einer stärkeren Zukunftsorientierung ihrer politischen Entscheidungen und Präferenzen. Kognitive Landkarten erleichtern ihnen die Vermessung der Zukunft.

3. Die Generation Wahl-O-Mat 16
Jüngere treffen ihre politischen Entscheidungen pragmatischer, themenspezifischer und situationsabhängiger als die noch stärker weltanschaulich gebundenen Älteren. „Wahl-O-Mat statt Weltanschauung" – so navigiert sich die jüngere Generation heute eher gegenwartsorientiert durch die Angebotsvielfalt der Politik.

4. Kinder verstärken die eigene Gegenwartsorientierung 24
Eltern handeln politisch nicht zukunftsorientierter als Kinderlose, im Gegenteil: Die starken Anforderungen der Gegenwart dominieren bei ihnen häufig die Orientierung an der Zukunft.

Exkurs: Mythos Kinderwahlrecht? 27

5. Die Sehnsucht nach Zukunftssicherheit 30
Auch bei zunehmender Gegenwarts- und Kurzfristorientierung in der Bevölkerung besteht über alle Generationen hinweg der Wunsch nach Stabilität und Sicherheit und die Erwartung an die Politik, langfristig und zukunftsorientiert zu handeln.

II. Braucht unsere Demokratie eine „Odysseus- Strategie"? 33

III. Wähler und Wahlverhalten 2050 – eine psychologische Spekulation 38

Anhang 46

Über die Autoren 56

Impressum 57

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1:	Generationenspezifische Unterschiede in der Treue zum politischen Lager	23
Abbildung 2:	Anforderungen an die Langfristorientierung von Politik	25
Abbildung 3:	Forderung der Eltern: Politik soll heutige Probleme lösen	26
Abbildung 4:	Zusätzliche Stimmen bei Einführung eines Kinderwahlrechts	28
Abbildung 5:	Der Wunsch nach politischer Orientierung	31
Abbildung 6:	Anforderungen an die Politik	32
Abbildung 7:	Altersentwicklung des Medianwählers	33
Anhang		46
Tabelle 1:	Bevölkerung in Deutschland insgesamt und Bevölkerung ab 18 Jahre, 2011 bis 2060	47
Abbildung 8:	Medianalter der Gesamtbevölkerung und der Bevölkerung ab 18 Jahren in Deutschland, 1950-2060	48
Tabelle 2:	Medianalter der Gesamtbevölkerung und der Bevölkerung ab 18 Jahre in Deutschland,1950 bis 2005	49
Tabelle 3:	Medianalter der Gesamtbevölkerung und der Bevölkerung ab 18 Jahre in Deutschland, 2006 bis 2060	50
Tabelle 4:	Frauen und Mütter mit minderjährigen Kindern nach Altersgruppen, 2012	51
Abbildung 9:	Frauen nach Altersgruppen und minderjährige Kinder in Deutschland, 2012	51
Abbildung 10:	Mütter nach Altersgruppen und minderjährige Kinder in Deutschland, 2012	52
Abbildung 11:	Multiplikatoren des Stimmengewichts bei Frauen/Müttern durch Kinderwahlrecht in Deutschland, 2012	52
Tabelle 5:	Frauen und Mütter mit minderjährigen Kindern mit deutscher Staatsbürgerschaft nach Altersgruppen, 2012	53
Abbildung 12:	Frauen mit deutscher Staatsbürgerschaft nach Altersgruppen und minderjährige Kinder, 2012	53
Abbildung 13:	Mütter mit deutscher Staatsbürgerschaft nach Altersgruppen und minderjährige Kinder, 2012	54
Abbildung 14:	Multiplikatoren des Stimmengewichts bei Frauen/Müttern mit deutscher Staatsbürgerschaft durch Kinderwahlrecht in Deutschland, 2012	54
Tabelle 6:	Multiplikator potenzieller Stimmen, 2012	55

Vorwort

Die Demokratie ist nicht nur normativ die beste aller uns bekannten Staatsformen. Auch ihre Politikergebnisse sind im Vergleich mit anderen politischen Systemen überdurchschnittlich.

Dennoch unterliegt die Demokratie seit jeher dem Verdacht, aufgrund ihres kurzen Zeittaktes im Rhythmus von Wahlperioden nicht hinreichend zukunftstauglich zu sein. Ihre zu starke Gegenwartsorientierung gefährde ihre Zukunftsfähigkeit: Langfristige Themen und Herausforderungen würden systemimmanent zu Gunsten kurzfristiger Interessen vernachlässigt. Verstärkt wird dieses Misstrauen gegenüber demokratischen Systemen durch den demographischen Wandel. In der Alterung der wahlberechtigten Bevölkerung liege die Gefahr einer Dominanz von Kurzzeitdenken. Bei der Bundestagswahl 2013 war der Medianwähler erstmals über 50 Jahre alt. Das bedeutet: Mehr als die Hälfte der potentiellen Wähler war 50 Jahre oder älter. Schon warnen viele Beobachter, Deutschland werde zu einer Rentnerdemokratie, in der die gegenwartsbezogenen Anliegen der älteren Generation auf Kosten der Zukunftschancen der jüngeren Bürger dominieren.

Doch wie unterschiedlich sind die Interessen der Generationen wirklich? Wer orientiert seine politischen Entscheidungen an einem langfristigen Zeithorizont und wer ist eher von den Anforderungen im Hier und Jetzt getrieben? Ändert sich daran etwas, wenn Menschen Kinder bekommen? Führt die sogenannte Rentnerdemokratie wirklich zu einer stärkeren Gegenwartsorientierung der Politik? Diese Fragen waren Ausgangspunkt der vorliegenden Studie.

Mit überraschenden Ergebnissen: Zum einen erweist sich die weit verbreitete Annahme als Trugschluss, dass jüngere Menschen mit Blick auf ihren langfristigen Lebenshorizont mit einer größeren Zukunftsorientierung politische Abwägungen vornehmen. Das Gegenteil ist der Fall: Die ältere Generation, in der viele stabil in einer politischen Weltanschauung verankert sind, entscheidet politisch langfristiger und damit zukunftsorientierter als die Jüngeren. Die jüngere Generation urteilt hingegen themenspezifischer und situativer, so dass politische Abwägungen eher den konkreten eigenen Bedürfnissen im Hier und Jetzt folgen.

Ein zweites Ergebnis der Studie ist ebenso überraschend: Menschen mit Kindern entscheiden politisch nicht zukunftsorientierter als Kinderlose. Sie sind in ihrer Unterstützung für spezifische politische Maßnahmen eher noch stärker in der Gegenwart verhaftet. Die zum Teil als erdrückend beschriebenen Anforderungen des Alltags haben Vorrang vor normativen Überlegungen und dem Wunsch nach einer langfristig sicheren und stabilen Welt für die eigenen Kinder. Der Kitaplatz in erreichbarer Nähe ist ihnen wichtiger als die langfristige Sicherung des Rentensystems. Erst mit zunehmendem Alter der Kinder und den damit nachlassenden Erziehungsbelastungen schwächt sich dieser Effekt ab und die Eltern bewegen sich wieder auf das normale Niveau des politischen Planungshorizonts ihrer Generation zu.

Parallel zu dieser starken Tendenz eher kurzfristig motivierter politischer Entscheidungen bei der jüngeren Generation zeigt sich jedoch über alle Generationen hinweg sehr deutlich ein Wunsch nach langfristiger Sicherheit. Bürger erwarten von der Politik mehr als ein rein reaktives Krisenmanagement, wünschen sich Zukunftsvisionen, Orientierung und Stabilität.

Doch wie kann das gelingen? Können Regeln und Institutionen demokratischer Selbstbindung den Zeithorizont von Politik verlängern und diese davon abhalten, sich zu sehr der Stimmen- und Wählermaximierung im Hier und Jetzt zu verschreiben? Und gibt es in der Bevölkerung die notwendige Unterstützung für eine Selbstbindung der Demokratie an mehr Generationengerechtigkeit, wenn der „Preis“ die Einschränkung des gegenwärtigen Handlungsspielraums von demokratisch legitimierten Akteuren ist?

Wir hoffen, mit der vorliegenden Studie diese Debatte um die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie im demographischen Wandel um einige neue und überraschende Befunde zu ergänzen und zu bereichern.

Dr. Jörg Dräger,
Mitglied des Vorstands
der Bertelsmann Stiftung

Prof. Dr. Robert Vehrkamp,
Direktor des Programms
Zukunft der Demokratie

Über die Studie

Sind jüngere Menschen zukunftsorientierter als Ältere? Beeinflussen Alter, Generationszugehörigkeit und ob wir Kinder haben den Grad unserer Gegenwarts- bzw. Zukunftsorientierung? Handeln und entscheiden Jüngere und Menschen mit Kindern politisch langfristiger und zukunftsverantwortlicher als Ältere und als Menschen ohne Kinder? Mit diesen Fragen zur Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie im demographischen Wandel beschäftigt sich die vorliegende Studie auf zwei Wegen:

Primäre Grundlage der Studie sind Erkenntnisse aus 54 jeweils zweistündigen tiefenpsychologischen Interviews der qualitativ-psychologischen Wirkungsforschung, die im 2. Quartal 2014 vom rheingold institut durchgeführt wurden. Ziel dieser Interviews war es, möglichst viel über die politischen Einstellungen der Befragten und den Grad ihrer darin zum Ausdruck kommenden Zukunfts- bzw. Gegenwartsorientierung zu erfahren. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob und inwieweit die unterschiedlichen Grade der Zukunftsorientierung sich durch Alter bzw. Generationszugehörigkeit und das Kinderhaben erklären lassen.

Die Interviewten waren dazu in drei Altersgruppen aufgeteilt:

Jüngere Generation (19-32 Jahre)

Mittlere Generation (33-49 Jahre)

Ältere Generation (50-70 Jahre)

In allen drei Altersgruppen wurden Menschen mit und ohne Kinder befragt. Darüber hinaus wurde durch die Auswahl der Befragten sichergestellt, dass auch andere relevante Erklärungsfaktoren wie z. B. Einkommen, Geschlecht, Wohnort (Stadt vs. Land) und Bildung innerhalb der Alterssegmente ähnlich, und die Parteipräferenzen über die Gesamtstichprobe aller Befragten hinweg gleichmäßig verteilt sind. Dieses methodische Vorgehen ermöglichte es, den Einfluss der beiden Faktoren Alter bzw. Generationszugehörigkeit und Kinderhaben zu isolieren und als Erklärungsfaktor für den Grad der Zukunftsorientierung der Befragten zu untersuchen.

Die rheingoldInterviews® und deren Auswertung folgen dem Konzept der Morphologischen Markt- und Medienpsychologie. Die Dauer und Intensität der Interviews lässt Einblicke in die untersuchten Wirkungszusammenhänge zu und ermöglicht zudem die Auseinandersetzung mit möglichen Widersprüchen zwischen Haltungen und tatsächlichem Handeln einer Person. Bei den im Text der Studie zitierten Einzelaussagen handelt es sich um wörtliche Zitate der Befragten aus den Interviews. Darüber hinaus finden sich im ersten Teil der Studie drei ausführlicher beschriebene Steckbriefe jeweils eines Befragten aus jeder der drei untersuchten Altersgruppen.

Ergänzt werden diese **qualitativen** Befunde aus den tiefenpsychologischen Interviews um die **quantitativen** Ergebnisse einer Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach, in der einige Kernergebnisse des qualitativen Teils der Studie gespiegelt werden. Im Juli 2014 führte Allensbach dafür insgesamt 1.621 persönlich-mündliche Interviews durch. Die Auswahl der Befragten erfolgte nach dem Quotenverfahren, die Umfrage ist damit für die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren repräsentativ.

Die fünf zentralen Befunde dieser Studie zur Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie im demographischen Wandel beruhen auf dem Abgleich und der Zusammenführung der qualitativen **und** quantitativen Befragungsergebnisse.

Die Studie gliedert sich in drei Teile:

Der **erste Teil** beschreibt fünf Kernbefunde aus den Befragungen, beginnend mit einem zusammenfassenden Absatz „In Kürze“. Es folgt dann jeweils eine ausführlichere Beschreibung der einzelnen Befunde aus den qualitativen Interviews, teilweise ergänzt um quantitative Ergebnisse der repräsentativen Allensbach-Befragung.

Im **zweiten Teil** „Braucht unsere Demokratie eine ‚Odysseus-Strategie‘?“ wird als eine mögliche politische Ableitung aus den zentralen Befunden der Studie diskutiert, ob eine stärkere Selbstbindung der Politik geeignet ist, die Zukunftsverantwortlichkeit unserer Demokratie zu stärken.

Der abschließende **dritte Teil** ist eine psychologische Spekulation des Diplom-Psychologen Stephan Grünewald (Mitbegründer des rheingold instituts) darüber, wie die heute jüngeren Generationen sich als Rentner verhalten werden. Dabei greift er auf zahlreiche von rheingold durchgeführte Jugendstudien zurück und stellt sieben Hypothesen zum Wahlverhalten im Jahr 2050 auf.

I. Zukunftsfähigkeit im demographischen Wandel – die Achillesferse der Demokratie?

Robert Vehrkamp, Christina Tillmann, Rose Beaugrand

Trotz all ihrer vielen Vorzüge und ihrer Überlegenheit gegenüber alternativen politischen Systemen in vielen Bereichen, steht die Demokratie häufig unter dem Generalverdacht einer mangelnden Zukunftsorientierung. Ihr Zeittakt sei die kurze Frist der Wahlperioden und ihre Grundversuchung die stimmenmaximierende Bedienung gegenwartsbezogener Kurzfristbedürfnisse. Schon Alexis de Tocqueville bescheinigte der Demokratie ihre Neigung, vorrangig nur „die Bedürfnisse des Augenblicks" zu befriedigen und dabei die Erfordernisse der Zukunft zu vernachlässigen. Seit ihren Anfängen wird die Demokratie den Verdacht nicht los, systemimmanent die Interessen der Gegenwart zu bevorzugen – zu Lasten ihrer Zukunftsverantwortlichkeit und Zukunftsfähigkeit.

Zusätzliche Brisanz gewinnt dieser Verdacht mangelnder Zukunftsfähigkeit durch den demographischen Wandel. Die Diskontierung der Zukunft zu Gunsten gegenwärtiger Interessen und Bedürfnisse werde dadurch verstärkt, dass die Mehrheit der Wähler immer älter und der Anteil der Älteren an allen Wahlberechtigten immer größer wird: Die Bundestagswahl 2013 war in Deutschland die erste, bei der das Alter des Medianwählers über 50 Jahre lag, die Mehrheit der Wahlberechtigten also 50 Jahre oder älter war, und die Alterung des Elektorats schreitet weiter voran.

Wird Deutschland damit zu einer Rentnerdemokratie, beherrscht von den eher gegenwartsbezogenen alterspolitischen Interessen der Mehrheit älterer Wähler?

Führt der demographische Wandel zu einer noch stärkeren Vernachlässigung der Zukunft zu Gunsten gegenwartspolitischer Anliegen?

Wird die Rentnerdemokratie die ohnehin vermutete Tendenz zu Kurzfristigkeit und Kurzsichtigkeit politischer Entscheidungen noch weiter verschärfen?

In solchen Fragen drücken sich weitverbreitete Befürchtungen und Ängste aus, der demographische Wandel führe insbesondere in demokratischen Systemen zu einer weiteren Verkürzung der politischen Zeithorizonte und verstärke die ohnehin vorhandene Tendenz ihrer mangelnden Zukunftsorientierung.

Die Erkenntnisse der vorliegenden Studie zeichnen jedoch ein sehr viel komplexeres Bild der Zusammenhänge. Dazu die folgenden fünf Befunde:

1. Rückzug in die Gegenwart

Krisenerfahrungen und das Gefühl der Überforderung durch zunehmende Komplexität verstärken in allen Generationen die Gegenwartsorientierung. Der Rückzug in die Gegenwart dient vielen Menschen als Strategie gegen zunehmende Komplexität und Krisenangst.

In Kürze:

Die Zukunftsorientierung – verstanden als die Orientierung politischen Handelns an längeren Zeiträumen und über die unmittelbaren Anforderungen der Gegenwart hinaus – nimmt über alle Generationen hinweg ab. Das führt bei vielen Menschen zu einer Fokussierung auf die Gegenwart. Der Wunsch, den Status quo zu bewahren, verdrängt die Bereitschaft zu Veränderungen, mit denen man die Befürchtung einer Verschlechterung auch der eigenen Lage verbindet. Darin spiegelt sich eine spezifisch deutsche Krisenwahrnehmung: Mit großer Sorge nimmt man die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise vor allem in den europäischen Nachbarländern als Gefährdung der eigenen Gegenwart wahr. Die Befürchtung, davon auch selbst negativ betroffen zu werden, verstärkt den Wunsch nach Statussicherung. Viele nehmen das Krisenmanagement der Politik als kurzfristiges Reagieren auf akute Probleme wahr, um Schlimmeres zu vermeiden, und passen sich dem an. Darüber hinaus wird die politische Wirklichkeit als zunehmend komplex wahrgenommen. Auch daraus entsteht ein Bedürfnis nach Vereinfachung und Reduktion, nach Rückzug auf das Greifbare und Unmittelbare der Gegenwart.

Krisenerfahrungen führen zum Wunsch nach permanenter Gegenwart: Alles kann nur schlimmer werden!

Statt Zukunftshoffnung und Veränderungsoptimismus dominieren Krisenwahrnehmung und Statusängste die Grundstimmung vieler Menschen. Sie sehen sich heute mit einer Situation konfrontiert, die vor allem durch globale und europäische Krisen in anderen Ländern geprägt ist. Die Anschläge des 11. September, Umweltkatastrophen wie in Fukushima, die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und die Krise im Euroraum mit einer Jugendarbeitslosigkeit von bis zu 50 Prozent in einigen europäischen Ländern beeinflussen die Menschen und ihren Blick auf die Zukunft in Deutschland. Die Sorgen, dass es auch uns „treffen“ könnte, nehmen zu. Es besteht die Befürchtung, dass – wenn sich etwas verändert – es sich nur zum Schlechteren verändert. Das Beste, auf das man in dieser Logik noch hoffen kann, ist die Bewahrung des Status quo und das Einrichten in einer Art permanenten Gegenwart, in der alles für immer so sein soll wie es heute ist.

„Für die Zukunft wünsche ich mir, dass alles so weiter läuft wie bisher.“ (m, 31, 1 Kind)

Gerade bei der jüngeren Generation ist dieses Motiv stark verbreitet; das ist auch ein Grund für die ausgeprägte Kurzfristorientierung in dieser Alterskohorte. Diese Generation hat gelernt:

„Alles ist im Fluss, nichts ist mehr sicher, am allerwenigsten der Arbeitsplatz.“[1] Sie agiert pragmatisch und richtet sich mit ihrer Kurzfristorientierung an den Anforderungen einer als unsicher wahrgenommenen Welt aus.

Die Politik als Vorbild: Wenn Politik kurzfristig denkt, darf ich das auch!

„Langfristige Aussagen sind nicht mehr glaubhaft, es ändert sich immer schneller was. Allein schon die Sache mit G8/G9 in NRW: Zuerst hieß es, es bleibt jetzt so wie es ist und nach noch nicht einmal sieben Monaten sind sie doch wieder dran. Da hat keiner mehr Rückgrat.“ (w, 47, ohne Kind)

In der Wahrnehmung der Bürger ist Politik heute ein oft nur situativ-pragmatisches Reagieren zur Bewältigung von aktuellen Herausforderungen und Krisen, eine Art „Segeln auf Sicht“. Langfristige Orientierungen und Grundsatzpositionen werden aufgegeben, entweder zur Sicherung von Macht und Mehrheiten oder unter dem Eindruck aktueller Ereignisse, Probleme und Krisen.

Parteien und Politik folgen in den Augen der Bevölkerung immer häufiger einer eher kurzfristigen „Supermarktlogik“, in der sie versuchen für jeden etwas anzubieten, dabei aber die großen, langfristigen Ziele und Positionen in den Hintergrund treten lassen. Bürger nehmen keine einheitlichen Linien und Strategien über Politikfelder hinweg mehr wahr, sondern sehen Politik als eher getrieben von akuter Krisenbewältigung und dem kurzfristigen Streben nach Wahlerfolgen.

Besonders Wahlkampfversprechen und Klientelpolitik schätzen die Befragten kritisch ein. Sie sehen darin zunehmend inhaltsleere und rein kurzfristig orientierte Marketingmaßnahmen, die keinen Rückhalt mehr in langfristigen Strategien haben und deshalb als „Augenwischerei“ empfunden werden. So führen beispielsweise Steuererleichterungen an einer Stelle, die mit Abgabenerhöhungen an anderer Stelle wieder hereingeholt werden, zu Frustration und Unverständnis. Es ist wenig Vertrauen vorhanden, dass Politik noch in der Lage ist, die wirklich drängenden Probleme der Zukunft zu lösen.[2]

„Wenn die von Steuersenkungen sprechen, dann sind das immer so Schlagworte. Ich hätte nur temporär was davon, nachher gibt es wieder Umschichtungen, wo sie das Geld woanders wieder reinholen, weil sie nicht wirklich finanzierbar sind. Meiner Meinung nach sind das nur Spielchen.“ (m, 33, ohne Kind)

Diese wahrgenommene Kurzfristorientierung der Politik als Krisenmanagement und Statussicherung verstärkt bei vielen Bürgern ihre eigene Tendenz hin zu einer stärkeren Gegenwartsorientierung. Der wahrgenommene Verlust an Orientierung und Zukunftsorientierung der Politik führt bei vielen Bürgern zu einem Rückzug auf das Greifbare und Unmittelbare der Gegenwart.

[1] Interview Prof. Dr. Klaus Hurrelmann: „Sie sind angepasst, aber das ist ihr Vorteil“. In: faz.net vom 15. September 2014. www.faz.net/aktuell/berufchance/campus/interview-mit-jugendforscher-zur-gen-y-13148663.html (Abruf am 2. November 2014).

[2] Drei Viertel der Deutschen (76 %) schätzen die Fähigkeit der Politik, die dringendsten Probleme in den nächsten Jahren zu lösen als sehr niedrig (26 %) oder eher niedrig (50 %) ein (Deutschland; TNS Emnid; 16. Juni 2010; 1.000 Befragte; ab 14 Jahre).

Überforderung durch die Komplexität der politischen Wirklichkeit: Da blickt keiner mehr durch!

Bürger nehmen die politische Wirklichkeit als immer komplexer wahr und fühlen sich von dieser wahrgenommenen Komplexität überfordert. Insbesondere die Wirtschafts- und Finanzpolitik im Zuge der Eurokrise beschreiben viele Bürger als undurchschaubar, Zusammenhänge zwischen einzelnen Maßnahmen und ihre Auswirkungen auf die Stabilität von Wirtschafts- und Finanzsystemen seien so komplex, dass sie nur noch von Experten beurteilt werden könnten. Das spiegelt sich entsprechend in den Ergebnissen der Repräsentativumfrage: Fast zwei Drittel (63 Prozent) der Deutschen halten Politik heute für undurchsichtig und intransparent.

„Politik ist ein komplexes Gebilde und internationales Geflecht, da blickt man als Normalbürger nicht mehr durch." (w, 57, 1 Kind)

In der Konsequenz fühlen sich viele der Bürger unwohl, wenn sie selbst Position beziehen oder beurteilen sollen, welche Politikfelder für die Zukunft Deutschlands von besonders großer Relevanz sind. Sie verweisen auf „Wissenslücken", die hohe Komplexität und delegieren die Verantwortung zurück an die Politik – von deren eigener Kurzfristigkeit und Gegenwartsorientierung sie sich aber gleichzeitig enttäuscht fühlen.

„Ich bin teilweise ganz schön frustriert darüber, dass sich die Politik bei ganz vielen Dingen aus der Verantwortung zieht." (w, 55, 2 Kinder)

Viele Bürger reagieren auf diese Enttäuschung und ihre gefühlte Überforderung durch komplexe Wirkungszusammenhänge mit dem Wunsch nach Reduktion und Vereinfachung. Sie konzentrieren sich auf die kurzfristigen Herausforderungen einer Statussicherung in der Gegenwart.

2. Leitbilder erzeugen Zukunftsorientierung

Politische Weltanschauungen und klare Leitbilder führen bei vielen Menschen zu einer stärkeren Zukunftsorientierung ihrer politischen Entscheidungen und Präferenzen. Kognitive Landkarten erleichtern ihnen die Vermessung der Zukunft.

In Kürze:

Zukunftsorientiertes politisches Handeln und Entscheiden ist vor allem bei den Menschen besonders ausgeprägt, die über das klare Leitbild einer politischen Weltanschauung verfügen. Je stärker jemand in einer solchen übergreifenden politischen Haltung verankert ist und daraus seine politischen Präferenzen und Entscheidungen ableitet, desto ausgeprägter sind seine Zukunftsorientierung und seine Bereitschaft, zu Gunsten der Zukunft auch einmal gegen die situativen, individuellen Interessen der Gegenwart zu entscheiden. Politische Leitbilder wirken handlungsleitend und erzeugen Zukunftsorientierung. Verfügen Menschen nicht über solche kognitiven Landkarten, entscheiden sie pragmatischer und stärker abhängig von ihren individuellen Präferenzen in der jeweils konkreten Entscheidungssituation – sie handeln dann stärker auf Sicht und mit einem eher kurzfristigen Planungs- und Zeithorizont.

Was erklärt, ob Menschen eher gegenwarts- oder eher zukunftsorientiert sind? Wovon ist abhängig, ob jemand seine politischen Einstellungen und Präferenzen eher an den kurzfristigen Gegenwartsproblemen oder an langfristiger Zukunftsverantwortung orientiert? Auch wenn viele Menschen beide Denk- und Handlungsmuster in sich tragen, zeigen sich deutliche Unterschiede und Muster im Grad ihrer Gegenwarts- und Zukunftsorientierung. Wie lassen sich diese Unterschiede erklären?

Bei den Menschen mit einer ausgeprägten **Zukunftsorientierung** hat sich gezeigt, dass sie ganz überwiegend in einer festen politischen Weltanschauung verankert sind, die als übergreifendes, konsistentes Leitbild fungiert und einen Orientierungsrahmen für ihr politisches Denken und Handeln bietet. Anhand dieses Orientierungsrahmens werden dann politische Debatten verfolgt, eingeordnet, die eigene Positionierung dazu entwickelt, politische Fragen entschieden und auch Wahlentscheidungen getroffen. Das führt bei vielen Themen zu einer längerfristigen Einordnung und Perspektive, deren Zeithorizont über die Bewältigung der Gegenwart hinausführt. Leitbilder erzeugen bei den meisten Menschen eine Tendenz zu längerfristigem Denken. Darüber hinaus erzeugen Leitbilder und weltanschauliche Verankerungen stabile Parteipräferenzen – und zwar auch dann, wenn die eigene Partei einmal Positionen vertritt, die der eigenen Anschauung widersprechen.

„Eine politische Haltung ist wie eine Ideologie, wie man ausgerichtet ist. Was man als böse und was man als gut ansieht. In eine spezifische Richtung zu denken, koste es, was es wolle.“ (w, 46, kein Kind)

Die Verankerung in einer klaren politischen Orientierung und die damit einhergehende Zukunftsorientierung ermöglicht den Menschen das Abwägen politischer Fragen über den Moment und die eigenen momentanen Interessen hinaus. Das wiederum erzeugt eine größere Bereitschaft, in Einzelfragen auch einmal gegen die eigenen Kurzfristinteressen der Gegenwart zu entscheiden und zu handeln. Ist zum Beispiel der Umwelt- und Klimaschutz als normatives Leitbild verankert, erhöht das häufig die Akzeptanz höherer Energiekosten oder die Bereitschaft zum Energiesparen in der Gegenwart zu Gunsten eines besseren Klimas in der Zukunft.

Menschen ohne solche handlungs- und entscheidungsleitenden Leitbilder zeigen dagegen eine stärker ausgeprägte **Gegenwartsorientierung**. Sie leiten ihre politischen Entscheidungen, Präferenzen und damit auch ihre Wahlentscheidungen eher aus ihren kurzfristigen persönlichen Interessen und aktuellen Bedürfnissen ab. Ihre situativen Befindlichkeiten und Interessen haben in einer pragmatischen Abwägung Vorrang vor möglichen langfristigen Erwägungen und Konsequenzen. Ihre situativen individuellen Interessen werden nicht reguliert, geordnet oder abgeglichen mit einer übergreifenden politischen Haltung, die Orientierung über die aktuelle Situation hinaus schafft.

„Man soll ja eigentlich nicht egoistisch sein (lacht). Aber der Alltag holt einen ein. Was eigentlich wichtig ist, vergisst man so schnell.“ (w, 35, 1 Kind)

Eine solche Art der Entscheidungsfindung kann dann zum Beispiel dazu führen, dass die „Rente mit 63“ unterstützt wird, weil man sie selbst irgendwann in Anspruch nehmen möchte. Die dadurch in Kauf genommenen Nachteile durch die zukünftig anfallenden Kosten für die jüngeren Generationen, selbst der eigenen oder derjenigen der eigenen Kinder, werden zwar wahrgenommen, sind letztlich aber nicht entscheidungsrelevant.

„Irgendeiner ist immer belastet, da denke ich lieber an mich.“ (w, 47, 2 Kinder)

3. Die Generation Wahl-O-Mat

Jüngere treffen ihre politischen Entscheidungen pragmatischer, themenspezifischer und situationsabhängiger als die noch stärker weltanschaulich gebundenen Älteren. „Wahl-O-Mat statt Weltanschauung" – so navigiert sich die jüngere Generation heute eher gegenwartsorientiert durch die Angebotsvielfalt der Politik.

In Kürze:

Die heute in Deutschland lebenden Generationen unterscheiden sich im Grad ihrer Bindung an eine politische Weltanschauung sehr deutlich: Die ältere Generation (50 bis 70 Jahre) hat in ihrer Mehrheit klare politische Leitbilder und Weltanschauungen und leitet aus diesem Orientierungsrahmen auch ihre politischen Präferenzen und Entscheidungen ab. Das Gegenteil gilt für die heute jüngere Generation (19 bis 32 Jahre): Sie entscheidet und handelt politisch pragmatisch und themenspezifischer. Die Entscheidungen sind stärker abhängig von ihrer jeweils aktuellen Situation mit ihren jeweils spezifischen Herausforderungen und Problemen. Daran orientiert die jüngere Generation auch ihre politischen Präferenzen und Wahlentscheidungen: Nicht aus einer fixen Weltanschauung, sondern mithilfe des Wahl-O-Mat als flexibler und konkreter Entscheidungshilfe navigiert sich diese jüngere Generation durch die Vielfalt des politischen Angebots. Im Ergebnis führt diese eher pragmatische Einstellung der jüngeren Generation häufig zu einer stärkeren Gegenwartsorientierung als bei den Älteren, deren Blick sich vergleichsweise häufiger auch in die Zukunft richtet.

Die Verteilung von gegenwartsorientiertem Kurzfristdenken und zukunftsorientiertem Langfristdenken in der Bevölkerung ist nicht zufällig, sondern folgt in der überwiegenden Mehrheit einem klaren Muster: Sie orientiert sich an der Zugehörigkeit zu einer Generation und liegt begründet in der jeweils generationenspezifischen politischen Sozialisation. Durch den Einfluss dieser – an eine bestimmte Zeit und deren gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen geknüpfte – politischen Sozialisation ist der weltanschauliche Bindungsgrad kein Alterseffekt, sondern ein Generationeneffekt. Er verändert sich deshalb auch nicht durch das Älterwerden, sondern bleibt – bestimmt durch die eigene Generationenzugehörigkeit – auch im weiteren Verlauf des Lebenszyklus eines Menschen zumeist stabil (vgl. dazu Kapitel III dieser Studie).

Man kann den Zusammenhang zwischen Generationenzugehörigkeit und Zukunftsorientierung vereinfacht so ausdrücken: In der jüngeren Generation ist die Wahrscheinlichkeit einer weltanschaulichen Prägung deutlich kleiner, und deshalb ihr politisches Entscheidungsverhalten deutlich gegenwartsorientierter als das der noch stärker weltanschaulich verankerten älteren Generation. Der Blick auf die jeweils spezifischen Charakteristika der drei untersuchten Altersgruppen, die in den tiefenpsychologischen Interviews zu Tage traten, macht diese Zusammenhänge sehr deutlich.

[3] Der Wahl-O-Mat ist ein interaktives Wahltool der Bundeszentrale für politische Bildung. Es wurde seit seiner Einführung 2002 ca. 43 Millionen Mal genutzt. Vgl. dazu www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/.

Jüngere Generation (19-32 Jahre)

In der heute jüngeren Generation ist die politische Sozialisation durch Krisenwahrnehmungen geprägt – vom 11. September 2001 bis hin zur globalen Finanzmarkt- und Eurokrise der vergangenen Jahre. Der Eindruck hoher Arbeitslosigkeit insbesondere von Jugendlichen im europäischen Ausland führt zu einem eher sorgenvollen Blick auch in die eigene Zukunft. Darüber hinaus entwickelten sich in dieser Generation keine polarisierenden politischen Debatten, die eine eigene weltanschauliche Positionierung erfordert oder gefördert hätten. Ohne polarisierende und die eigene Position definierende Konfliktlinien war eine eigene Verortung auf der politisch-weltanschaulichen Landkarte nicht erforderlich. An die Stelle übergreifender politischer Erklärungsansätze, aus denen sich Orientierung und Positionierung ableiten lässt, treten vor allem die individuellen und situativen Bedürfnisse der Gegenwart als Bewertungsmaßstab einzelner Politikbereiche.

„Bei den letzten Wahlen habe ich die FDP gewählt, weil sie mir versprochen hat, dass ich keine 10 Euro Praxisgebühr mehr bezahlen muss." (m, 29, kein Kind)

Politische Meinungsbildung, Orientierung und Entscheidungen erfolgen eher kurzfristig und werden stärker geprägt von momentanen Eindrücken und tagesaktuellen Diskussionen im Netz, in Fernsehduellen, Talkshows und anderen Angeboten der Komplexitätsreduzierung. Relativ kurz vor der Wahl werden die „Angebote" der Parteien gescannt und man wählt als „Nachfrager" dann pragmatisch das, was in der Gesamtschau den eigenen Bedürfnissen am weitesten entgegenkommt – eine Art „Supermarktmentalität" dominiert die politische Meinungsbildung vieler junger Menschen in der Generation Wahl-O-Mat.

„Das Thema Umwelt ist eines, da muss man dauerhaft dranbleiben und sich langfristig drum kümmern. Aber bei der Wahl entscheidet man tagesaktueller." (m, 23, kein Kind)

Der Wahl-O-Mat ist dabei ein willkommenes Hilfsmittel für diejenigen, die nicht in einer langfristigen politischen Weltanschauung verankert sind und daraus auch ihre Wahlentscheidung ableiten. Er erlaubt einen einfachen Abgleich zwischen den eigenen Bedürfnissen und den dazu vertretenen Positionen der Parteien zu konkreten Sachfragen. Der potenzielle Wähler beantwortet online Fragen zu einzelnen Politikfeldern. Seine Antworten werden mit den Positionen der Parteien abgeglichen und zu möglichen Parteipräferenzen aggregiert. Am Ende steht eine Auswahl an Parteien, bei denen die Übereinstimmung mit den eigenen Positionen möglichst groß ist. Das Instrument passt deshalb hervorragend zur Herangehensweise und zur Art der politischen Entscheidungsfindung der jüngeren Generation und erfüllt dabei – als Ersatz geschlossener Weltanschauungen und Leitbilder – die Funktion einer Navigationshilfe.

Das verstärkt im Ergebnis häufig die Fokussierung auf das Hier und Jetzt, aber nicht etwa, weil der Wahl-O-Mat keine Zukunftsthemen abdecken würde, sondern weil er die Wahlentscheidung als das aggregierte Resultat vieler Einzelentscheidungen aufbereitet. Nicht eine Weltanschauung oder ein Leitbild entscheidet über meine Parteipräferenz, sondern mein persönlicher Warenkorb

im Supermarkt der politischen Angebote. Eher langfristige Themen wie Rente und Pflege kommen darin zwar auch vor, werden aber entlang der gegenwärtigen Betroffenheiten und Interessen entschieden.

Jüngere Generation (19-32 Jahre) – Ein Beispiel ...

Geschlecht	Alter	Kinder	Familienstand
weiblich	20 Jahre	keine	ledig

Ausbildung/Beruf:
Abitur, studiert BWL

Hat die Wahlentscheidung unmittelbar vor der Wahl getroffen. Der Wahl-O-Mat hilft ihr, ihre eigenen Ansprüche und Bedürfnisse mit den politischen Angeboten abzugleichen.

„Mithilfe des Wahl-O-Mats kann ich überprüfen, welche Partei meine Bedürfnisse am besten vertritt."

Politischer und persönlicher Kontext

Die junge Frau wohnt noch bei den Eltern zuhause. Neben dem Taschengeld, das sie von ihren Eltern bekommt, verdient sie Geld als Nachhilfelehrerin. Sie betrachtet sich selbst als zielstrebig und möchte sich durch das Studium eine gute Ausgangsposition auf dem Arbeitsmarkt erarbeiten. Das wichtigste ist für sie eine sichere Zukunft, die weiterhin stabil bleibt und ihr ermöglicht, ihren eigenen Weg zu gehen und ihre Lebensvorstellungen zu verwirklichen.

Relevanz unterschiedlicher Politikfelder

Die relevanten politischen Themen für sie sind Wirtschaft und Bildung. Eine starke Wirtschaft bedeutet für sie eine sichere Zukunft, für die Gesellschaft aber auch für sie ganz persönlich. Eine gute Ausstattung und Betreuungssituation in Kindergärten und Kitas ist ihr ebenfalls wichtig, da sie in naher Zukunft selbst Kinder haben möchte. Andere Themen wie Rente, Pflege und Umwelt sind für sie von geringer Relevanz, weil sie zu weit in der Zukunft liegen und (noch) keinen direkten Bezug zu ihrem aktuellen Leben haben und überfordern sie in der Abwägung.

Politischer Zeithorizont

Wichtig ist ihr, dass Deutschland jetzt sicher und erfolgreich durch die Krise geführt wird, damit sie ihr persönliches Glück realisieren kann.

Ältere Generation (50-70 Jahre)

Die heute ältere Generation ist in ihrer politischen Sozialisation vor allem geprägt vom Erleben der Nachkriegsjahre, den Mangelerfahrungen zu Beginn ihres Lebens, die dann aber bereits in den 1950er und 1960er Jahren durch einen schnell wachsenden Wohlstand abgelöst wurden. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit des Dritten Reiches wurde zu einer prägenden übergreifenden Generationserfahrung, prägte aber auch den Einzelnen, der sich ggf. mit der Nazivergangenheit von Eltern und Großeltern auseinandersetzen musste.

Die Angehörigen dieser Generation erlebten den Kampf um neue gesellschaftspolitische Konzepte, z. B. in der weltanschaulichen Abgrenzung der Blockbildung nach dem Krieg, in der „68er-Bewegung“ oder in den Friedens- und Umweltbewegungen der 1970er und 1980er Jahre. Die beiden großen Volksparteien CDU und SPD vertraten klare und deutlich unterscheidbare weltanschauliche Leitbilder, an denen sich die Wähler bei ihren Wahlentscheidungen orientierten. Wahlen wurden als weltanschauliche Richtungsentscheidungen inszeniert und von den meisten Wählern als solche empfunden. Die eigene Wahlentscheidung war das Resultat weltanschaulicher Orientierung, und selbst wenn man einzelne Entscheidungen oder Positionen in bestimmten Politikfeldern einmal nicht teilte, wurde die Grundentscheidung für die eigene Partei kaum in Frage gestellt.

„Tief im Herzen bin ich Sozialdemokrat.“ (w, 57)

Nicht nur die Wahlnorm ist bei dieser Generation stark verankert, weil man das Wählen als eine demokratische Bürgerpflicht versteht, auch die normative Verankerung der eigenen Wahlentscheidung ist deutlich ausgeprägter. Die eigene Wahlentscheidung folgt den eigenen weltanschaulichen Überzeugungen, ist eher eine Frage der Überzeugung als der Interessen.

„Wir mussten uns unser Wahlrecht regelrecht erkämpfen, das will ich mir nicht mehr nehmen lassen.“ (w, 53)

Beides erzeugt im Ergebnis eine stärkere Zukunftsorientierung im politischen Handeln und Denken der heute Älteren im Vergleich zu den heute Jüngeren.

Ältere Generation (50-70 Jahre) – Ein Beispiel ...

Geschlecht	Alter	Kinder	Familienstand
männlich	70 Jahre	keine	ledig

Ausbildung/Beruf:
Mittlere Reife, Versicherungskaufmann, Rentner

Trifft die Wahlentscheidung aus einer Grundhaltung heraus und wählt fast immer die gleiche Partei. Wenn er eine andere Partei wählt, dann nur um diese als Koalitionspartner für seine eigentlich präferierte Partei zu stützen.

„Die großen Parteien sorgen für Stabilität, dass alles in ruhigen Bahnen verläuft..."

Politischer und persönlicher Kontext

Der alleinstehende Mann lebt in einfachen Verhältnissen. Seine aktuelle Situation ist brüchig. Er ist viel alleine und hat körperliche Beschwerden. Politisch ist es ihm besonders wichtig, den Status Quo und Stabilität zu bewahren. Angesichts dieses Leitbildes und des Wunsches nach Beständigkeit wählt er seit Jahren dieselbe Partei.

Relevanz unterschiedlicher Politikfelder

Insbesondere die Politikfelder Wirtschaft und Gesundheit sind ihm wichtig. Die Förderung der Wirtschaft ist Maßstab für alle anderen politischen Themengebiete. Er hält zum Beispiel Bildung für höchst relevant für die Zukunft Deutschlands, auch wenn er selber keine eigenen Kinder hat. Er argumentiert, dass erst durch gute Bildung Fachkräfte für die Wirtschaft nachwachsen und leitet daraus die Bedeutung von Bildung ab. Umwelt spielt dagegen als Thema vor diesem Hintergrund keine besondere Rolle, sondern wird nur im Kontext der Industrialisierung gesehen. Gesundheit und Pflege sieht er grundsätzlich als Teil der bürgerlichen Eigenverantwortung. Den Staat sieht er nur dann in der Pflicht, wenn es darum geht eine Basisabsicherung zu garantieren.

Politischer Zeithorizont

Auch wenn er sich aus seiner aktuellen Lage heraus manchmal mehr soziale Unterstützung wünschen würde (z.B. eine Erhöhung von Hartz 4) bleibt er bei seiner langfristigen Haltung und bleibt bei seiner Unterstützung für „seine" Partei und der Grundüberzeugung, dass prioritär die Wirtschaft gestärkt werden sollte.

Mittlere Generation (33-49 Jahre)

Die heutige mittlere Generation ist mit Blick auf den Grad ihrer weltanschaulichen Verankerung eine Art Zwischengeneration: Ihre weltanschauliche Verankerung und Sozialisation ist weniger stabil und nachhaltig verlaufen als die der älteren Generation. Viele der oben beschriebenen Positionierungskämpfe und Auseinandersetzungen hat die mittlere Generation nicht selbst erlebt und ausgefochten, sondern nur mittelbar über die Beobachtung und Weitergabe durch ihre Eltern aufgenommen. Es fehlt ein vergleichbares Maß an Dynamik und Leidenschaft, mit der die ältere Generation sich in polarisierten Diskussionen positioniert und ihren eigenen weltanschaulichen Standpunkt erworben hat. Dementsprechend ist auch die Verankerung der weltanschaulichen Haltungen bei der mittleren Generation weniger stark ausgeprägt. In der politischen Meinungsbildung spielt sie häufig keine dominante Rolle, auch wenn die mittlere Generation dies als Anspruch formuliert und normativ als etwas Gutes und durchaus Erstrebenswertes sieht. In der konkreten Entscheidungs- und Bewertungssituation haben – wie bei den Jüngeren – eher die situativen individuellen Bedürfnisse Vorrang.

Dennoch ist die mittlere Generation dabei geteilter und zerrissener als die heute Jüngeren. Viele Angehörige der mittleren Generation fühlen sich zwiegespalten zwischen dem von der älteren Generation „ererbten“ Anspruch auf langfristige Orientierung und dem eigenen eher kurzfristigen Handeln, in dem sie eher der jüngeren Generation ähnlich sind. In konkrete Entscheidungs- oder Abwägungssituationen gebracht, schwankt die mittlere Generation deshalb häufig und findet sich selbst in einem Gewissenskampf zwischen dem Anspruch „ererbten“ und weltanschaulich fundierter Langfristorientierung sowie den eigenen eher situativen Kurzfristinteressen.

„Man sollte ja eigentlich nicht egoistisch sein. Aber was eigentlich wichtig ist, vergisst man so schnell.“ (w, 35, 1 Kind)

Themen wie Rente oder Pflege, die auch die eigene Zukunft betreffen, erscheinen den Angehörigen dieser Generation deshalb wichtig und sie empfinden auch für sich selbst die Notwendigkeit, diese Themen eher langfristig und zukunftsorientiert zu behandeln. Dennoch fallen die konkreten Entscheidungen nur allzu oft entlang der jeweils gegenwärtigen Problemlagen und Interessen.

„Ich denke mit 55 darüber nach, was in 20 Jahren ist.“ (w, 36, 2 Kinder)

Mittlere Generation (33-49 Jahre) – Ein Beispiel ...

Geschlecht	Alter	Kinder	Familienstand
weiblich	35 Jahre	1 Kind (2 Jahre)	verheiratet

Ausbildung/Beruf:
Fachabitur, Groß- und Einzelhandelskauffrau, aktuell betreut sie ihr Kind und ist deshalb nicht berufstätig.

Die Wahlentscheidung wird durch ihre aktuelle Lage bestimmt. Sie wählt nicht immer dieselbe Partei, sondern entscheidet jedes Mal neu.

„Damit ich mich mit sowas Langfristigem wie Umwelt beschäftigen kann, muss ich Sicherheit haben."

Politischer und persönlicher Kontext

Sie befindet sich in einem politischen Gewissenskonflikt. Eigentlich stehen langfristige Themen wie Umweltschutz für sie an erster Stelle, da sie auch die Zukunft des Kindes betreffen. Doch durch die Geburt des Kindes kommt es in ihrem praktischen Alltag zur Verschiebung der Sicht auf kleine Zeithorizonte. Die Anforderungen des aktuellen Alltags und seine Bewältigung stehen nun deutlich im Vordergrund. Nach der Geburt ihres Kindes sucht sie den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt, der ihr schwer fällt. Sie will unabhängig sein und sich bewegen können um ihre Situation zu verbessern. Daher werden nun Themen wie niedrige Benzinpreise wichtiger als der Umweltschutz.

Relevanz unterschiedlicher Politikfelder

Sie argumentiert nicht aus einer langfristigen Haltung heraus, sondern ‚zappt' von Thema zu Thema. Aus den unterschiedlichen Themen des politischen Geschehens sind vor allem die wichtig, die einen direkten Bezug zu ihrem eigenen, aktuellen Leben haben. Im Bereich Bildung steht zum Beispiel der Kitaausbau im Vordergrund. Er ermöglicht beruflichen Erfolg und Sicherheit der Eltern. Umwelt ist für sie eigentlich ein wichtiges Thema, insbesondere mit Blick auf die Zukunft des Kindes, doch die eigene unsichere Arbeitssituation lässt diese Ansprüche in den Hintergrund treten. Wichtiger werden nun die alltäglichen Bedürfnisse des freien und sorglosen Bewegens. Andere Themen wie Pflege, Gesundheit und Wirtschaft sind für sie weit weg – hier ist sie unsicher und unentschieden.

Politischer Zeithorizont

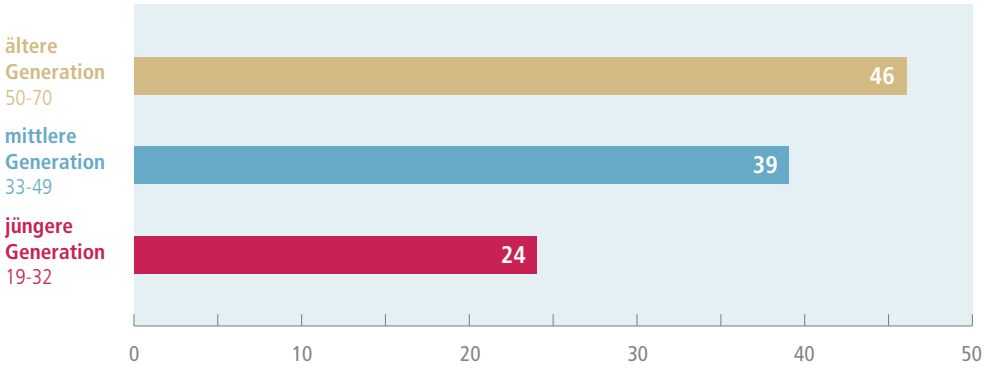
Wo sie eigentlich langfristig an die Zukunft ihres Kindes denken sollte – so stellt sie fest – ist ihr die kurzfristige Besserung ihrer aktuellen Situation doch wichtiger.

Die drei Generationen unterscheiden sich also mit Blick auf ihre Art der Entscheidungsfindung, ihre politische Haltung und ihre Verankerung in einer politischen Grundorientierung. Je stärker die eigene weltanschauliche Orientierung ausgeprägt und verankert ist, umso ausgeprägter sind auch die parteipolitischen Bindungen. Das zeigen auch die Ergebnisse der begleitenden Repräsentativumfrage (Abbildung 1): Während fast die Hälfte (46 Prozent) der Befragten aus der älteren Generation angibt, immer das gleiche politische Lager zu wählen, ist das in der jüngeren Generation nur bei knapp einem Viertel (24 Prozent) der Befragten der Fall.

Abbildung 1: Generationenspezifische Unterschiede in der Treue zum politischen Lager

Angaben in Prozent

Frage: Wie machen Sie das bei Bundestagswahlen: Wählen Sie bei Bundestagswahlen in der Regel immer dieselbe Partei oder das gleiche politische Lager oder entscheiden Sie vor jeder Wahl neu, welche Partei bzw. welches Lager Ihre Interessen am besten vertritt? In der Regel immer dieselbe Partei oder das gleiche politische Lager wählen von der ...



Basis: Bundesrepublik Deutschland, n=801.

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11027 (Juli 2014). | BertelsmannStiftung

Man kann also zusammenfassen: Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Generation und die damit verbundene politische Sozialisation hat einen erkennbaren Einfluss auf den Grad der Zukunftsorientierung im politischen Entscheiden und Handeln der Menschen. Allerdings ist die Beziehung anders als man intuitiv erwarten würde und auch anders als es zum Teil in der öffentlichen Debatte dargestellt wird: Nicht die jüngere Generation erweist sich als der bessere Anwalt ihrer zukünftigen Interessen, sondern die Älteren entscheiden und handeln politisch häufig langfristiger, zukunftsorientierter und auch unabhängiger von ihren eigenen situativen Bedürfnissen. Der Grund dafür ist ihre stärkere weltanschauliche Verankerung.

4. Kinder verstärken die eigene Gegenwartsorientierung

Eltern handeln politisch nicht zukunftsorientierter als Kinderlose, im Gegenteil: Die starken Anforderungen der Gegenwart dominieren bei ihnen häufig die Orientierung an der Zukunft.

In Kürze:

Menschen mit Kindern haben häufig an sich selbst zwar den Anspruch einer stärkeren Zukunftsorientierung, weil die Sicherung der Zukunft ihrer Kinder ihnen ein zentrales Anliegen ist. Faktisch dominieren jedoch häufig die hohen Anforderungen des Erziehungs- und Familienalltags die längerfristige Perspektive. In den Lebensphasen der Kindererziehung und des Familienmanagements entscheiden Menschen deshalb häufig situativer und gegenwartsbezogener als Menschen ohne Kinder. Die akuten Bedürfnisse bestimmen die Agenda und lassen die Sicherung der Zukunftsfähigkeit in den Hintergrund treten. Erst wenn die Kinder größer werden und die unmittelbaren Anforderungen des Alltags nachlassen, erlaubt eine weniger beanspruchende Gegenwart auch wieder eine stärkere Orientierung an den längerfristigen Herausforderungen der Zukunft.

Kinder zu bekommen und zu versorgen bezeichnen die meisten Eltern als einen Wendepunkt im Leben. Mit Kindern übernimmt man Verantwortung: für die eigene Familie, für die Zukunft der Kinder und die Welt, in der sie leben werden. Ihre eigene Elternschaft nennen viele Menschen deshalb als Anlass und Anstoß, sich wieder häufiger und intensiver auch mit politischen Fragen und Problemen auseinanderzusetzen. Für manche sind die eigenen Kinder sogar die Motivation, sich wieder stärker an Wahlen zu beteiligen.

„Wenn die Kinder kommen, dann wird man sich übers Leben bewusster. Die treiben einen mehr. Ich bin dann zum ersten Mal wählen gegangen, weil ich mehr mitbestimmen wollte." (m, 57, 2 Kinder).

Naheliegend wäre dabei, dass Menschen mit Kindern in ihren politischen Präferenzen und ihren Wahlentscheidungen einem eher längerfristigen Zeithorizont folgen, in dem sich der Wunsch nach einer guten und sicheren Zukunft für die eigenen Kinder widerspiegelt. Die tiefenpsychologischen Interviews haben allerdings gezeigt, dass sich eine solche Vermutung häufig zwar im eigenen Anspruch bestätigt, nicht aber im tatsächlichen politischen Handeln und Entscheiden:

Der normative Anspruch und die Erwartung an die Politik, zukunftsorientiert zu handeln, ist bei Eltern groß. Das zeigen nicht nur die Ergebnisse der Interviews, dies bestätigt sich in der Tendenz auch in den Ergebnissen der repräsentativen Bevölkerungsbefragung: Der Wunsch nach Langfristorientierung ist bei Eltern stärker ausgeprägt als in der Gesamtbevölkerung. Während nur etwas mehr als die Hälfte (54 Prozent) der Gesamtbevölkerung der Überzeugung ist, dass die Politik immer

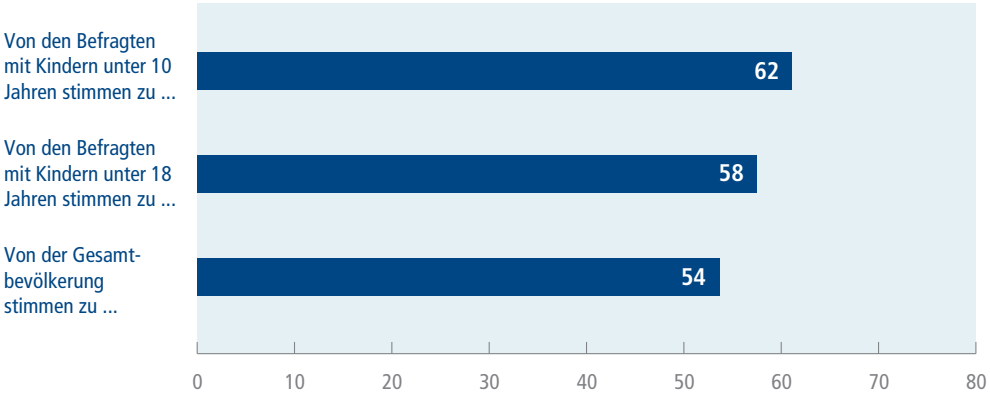
„Ich möchte für mein Kind eine lebenswerte Zukunft." (w, 43, 1 Kind)

berücksichtigen sollte, wie sich Entscheidungen langfristig auswirken und daher ggf. auch auf Maßnahmen verzichten sollte, die zwar kurzfristig wirken, aber in der Zukunft Probleme mit sich bringen, sind von den Befragten mit Kindern unter 10 Jahren immerhin 62 Prozent dieser Meinung (Abbildung 2).

Abbildung 2: Anforderungen an die Langfristorientierung von Politik

Angaben in Prozent

Frage: Ich erwarte von der Politik vor allem, dass sie bei Entscheidungen, die sie heute trifft, immer miteinbezieht, wie sich diese Entscheidungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auswirken. Zur Not sollte sie auch auf Maßnahmen verzichten, die heute zwar das Problem lösen, aber in Zukunft für Schwierigkeiten sorgen könnten.



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre, n=1621 (Bevölkerung insgesamt), n=350 (Befragte mit Kindern unter 18 Jahren).

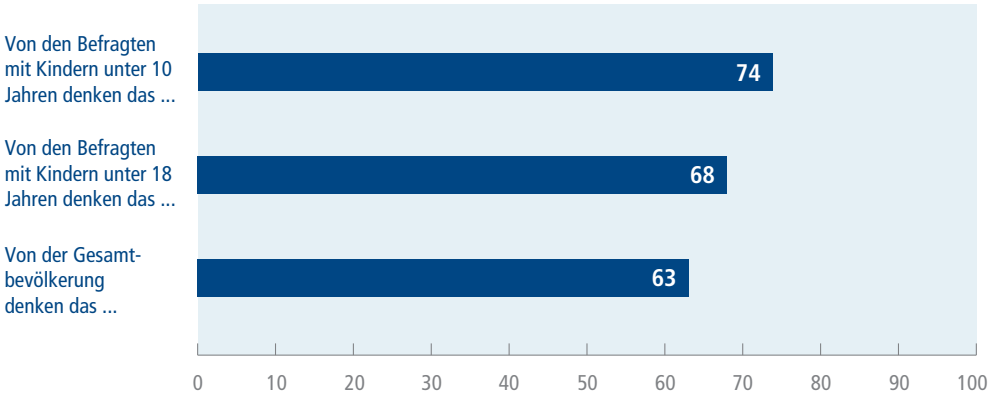
Quelle: Allensbach Archiv, IfD-Umfrage 11027 (Juli 2014). | BertelsmannStiftung

Dennoch wird in den Interviews deutlich, dass Eltern dem Anspruch an langfristiges und zukunftsorientiertes Handeln und Entscheiden selbst nicht immer gerecht werden können: Häufig zeigte sich bei Eltern in der aktiven Familienphase keine höhere Wahrscheinlichkeit zur Langfristorientierung im Vergleich zu Kinderlosen. Im Gegenteil: Sie sind sogar vorübergehend stärker geprägt von einer durch kurzfristige Bedürfnisse bestimmten Gegenwartsorientierung, insbesondere solange die Kinder klein sind. Die Lösung der drängenden Probleme im Hier und Jetzt der Gegenwart dominiert die politischen Präferenzen stärker als in der Gesamtbevölkerung (Abbildung 3): Während von den Befragten mit Kindern unter zehn Jahren fast drei Viertel (74 Prozent) der Meinung sind, dass die Politik sich vor allem auf die Lösung heutiger Probleme ausrichten sollte, sind in der Gesamtbevölkerung weniger als zwei Drittel (63 Prozent) dieser Meinung.

Abbildung 3: Forderung der Eltern: Politik soll heutige Probleme lösen

Angaben in Prozent

Frage: Was denken Sie: Wie sollte Politik sein, was von dieser Liste würden Sie vor allem nennen? (Listenvorlage)
Antwortmöglichkeit: Auf die Lösung heutiger Probleme ausgerichtet.



Anmerkung: Die vorgelegte Liste umfasst insgesamt 17 Antwortmöglichkeiten (davon 16 Eigenschaften und „keine Angabe"). Mehrfachnennungen waren möglich.

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren, n=820.

Quelle: Allensbach Archiv, IfD-Umfrage 11027 (Juli 2014). | BertelsmannStiftung

Wie erklärt sich diese Zerrissenheit? Die organisatorischen, finanziellen und zum Teil auch emotionalen Anforderungen des Alltags sind so groß, dass sie in den Interviews häufig als „übermächtig" und als „Not" beschrieben werden. Viele Eltern mit kleinen Kindern empfinden und beschreiben sich in einer angespannten Lebenslage. In dieser sind sie froh über jede kurzfristige Maßnahme, die ihnen ganz persönlich den Alltag erleichtert, beispielsweise der Kitaplatz „um die Ecke" oder eine Erhöhung des Kindergeldes. Diese Unterstützung ist dann relativ unabhängig davon, ob die konkrete Maßnahme auch ihrem normativen Anspruch an langfristige Zukunftsorientierung genügt. Eltern minderjähriger Kinder befinden sich häufig in einem Gewissenskonflikt, der ihnen in den Interviews schmerzlich bewusst wird: Wo sie eigentlich an die Zukunft ihrer Kinder denken sollten und wollen, ist ihnen dennoch die kurzfristige Verbesserung ihrer aktuellen Situation wichtiger.

„Ich habe zurzeit viel um die Ohren, da waren bis jetzt der Umbau im Haus und die Kindergeburtstage. Da rückt das andere, langfristige Denken in den Hintergrund, muss ich gestehen." (w, 47, 2 Kinder)

Je nach Alter der Kinder rücken dabei die jeweils aktuellen Themen in den Mittelpunkt des Interesses der Eltern, beginnend bei der Kinderbetreuung über Schule und Bildung bis hin zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Mit zunehmendem Alter der Kinder nivelliert sich die Kurzfristorientierung wieder auf das „Normal Null" der jeweiligen Generation. Die Kinder sind dann aus dem Gröbsten raus, stehen auf eigenen Beinen und die Lebenslage entspannt sich wieder etwas. Es ist wieder mehr Zeit und Kraft da, um über die fernere Zukunft nachzudenken.

Exkurs: Mythos Kinderwahlrecht?

Führt vor dem Hintergrund dieses Befundes ein Kinderwahlrecht – wie oft angenommen wird – automatisch zu mehr Zukunftsorientierung und Generationengerechtigkeit unserer Demokratie?

Diskutiert werden häufig drei verschiedene Varianten des Kinderwahlrechts (s. Infokasten). Alle drei verfolgen jedoch ein gemeinsames Ziel: das Schließen einer Repräsentationslücke. Es soll denen eine Stimme im politischen Prozess gegeben werden, die von langfristigen Konsequenzen politischer Maßnahmen zwar betroffen sind, die aber bis jetzt keine direkte Möglichkeit der Einflussnahme haben: den bisher nicht wahlberechtigten Kindern.

Optionen der Ausgestaltung des Kinderwahlrechts

„Kindern eine Stimme geben – aber wie konkret?"

1. **Kinderwahlrecht:**
   Aktives Wahlrecht von Geburt an, das Kinder durch eine einfache Eintragung im Wählerregister „aktivieren" müssten.
2. **Familienwahlrecht:**
   Das Wahlalter wird auf null gesetzt, aber die Eltern üben es bis zur Volljährigkeit für ihre Kinder aus.
3. **Misch-Variante:**
   Eltern üben stellvertretend bis zur Volljährigkeit der Kinder das Wahlrecht aus, es sei denn die Kinder ziehen es durch Eintragung ins Wählerregister an sich.

Etwa 17 Prozent[4] der Menschen in Deutschland sind minderjährig und werden deshalb zwar mit den Auswirkungen heutiger politischer Entscheidungen leben und umgehen müssen, können aber ihre Interessen heute nicht wirksam vertreten.

Unterstützer des Kinderwahlrechts sind deshalb überzeugt, dass Politik sich mehr an den Bedürfnissen der Kinder orientieren muss und wird, wenn diese eine Stimme haben. Das Kinderwahlrecht sei also ein Instrument zur Verstärkung der Langfristorientierung von Politik. Ein Kinderwahlrecht – so die Argumentation – verstärkt die Zukunftsverantwortung demokratischer Politik und leistet so einen Beitrag zu mehr Generationengerechtigkeit.[5]

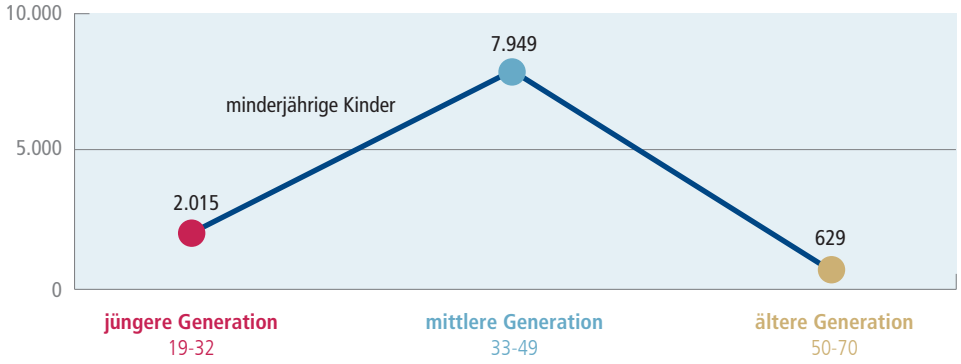
[4] Vgl. hierzu: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014.
[5] Vgl. hierzu: Renate Schmidt. Lasst unsere Kinder wählen!. München 2013.

Da bisher das Kinderwahlrecht noch in keinem Land eingeführt wurde, gibt es noch keine praktische Erfahrungen und keine empirisch gesicherten Kenntnisse, welche Effekte sich daraus auf die Zukunftsorientierung ergeben würden. Als wahrscheinlichste Variante des Kinderwahlrechts gilt jedoch zumeist die Misch-Variante (Variante 3), in der Eltern das Stimmrecht ihrer Kinder stellvertretend ausüben, solange diese noch nicht volljährig sind.

Lassen wir uns also auf ein Gedankenexperiment ein und nehmen an, ein Kinderwahlrecht würde eingeführt: Welche Konsequenzen hätte das auf die Zusammensetzung der wahlberechtigten Bevölkerung und damit auf die Mehrheitschancen einer stärkeren Langfristorientierung von Politik? Zunächst lässt sich zeigen, dass die Einführung eines Kinderwahlrechts, ausgeübt durch die Eltern, eine höhere Gewichtung vor allem der mittleren Generationen nach sich ziehen würde (Abbildung 4):

Abbildung 4: Zusätzliche Stimmen bei Einführung eines Kinderwahlrechts

Anzahl in 1.000



Anmerkung: Es wurden alle Mütter in Privathaushalten sowie alle Frauen im Alter von 18- bis 64 Jahren mit deutscher Staatsbürgerschaft betrachtet. Die Kinder sind in der vorliegenden Statistik und dieser Berechnung den Müttern zugeordnet. Sie werden also in der Generation verortet, der die Mütter angehören.

Basis: Mikrozensus 2012.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Ordnet man die Stimmen der noch minderjährigen Kinder ihren Müttern zu, erhöht das vor allem die Anzahl der Stimmen und damit das Stimmgewicht der mittleren Generation. In absoluten Zahlen ausgedrückt würde die Anzahl der Stimmen allein in der mittleren Generation um fast 8 Mio. zunehmen, mit weitem Abstand gefolgt von der jüngeren Generation (ca. 2 Mio. zusätzliche Stimmen) und der älteren Generation (ca. 600.000 zusätzliche Stimmen). Das Stimmgewicht der drei Generationen würde sich dadurch ebenfalls erheblich zu Gunsten der mittleren und der jüngeren Generation verschieben: Da aufgrund der Datenlage eine Zuordnung der Kinder in die

Altersgruppen der Väter nicht möglich war, kann keine Aussage darüber getroffen werden wie stark sich das Stimmgewicht der einzelnen Generationen insgesamt verschiebt. Konzentriert man sich allerdings auf die Frauen und deren Kinder in den Generationen, würde die Stimmenanzahl für die mittlere Generation um 93 Prozent steigen. Bei der jüngeren Generation um 34 Prozent und bei der älteren um lediglich 8 Prozent.

Bezieht man nun die oben beschriebene eher gegenwartsorientierte Ausrichtung im politischen Handeln der Jüngeren in der stark elterndominierten mittleren Generation auf diese Veränderungen der Stimmengewichte, ergibt sich daraus keineswegs automatisch eine verstärkte Zukunftsorientierung in der Politik. Im Gegenteil: Das wachsende Gewicht der jüngeren und mittleren Generation lässt viel eher eine stärkere Gegenwarts- und Kurzfristorientierung erwarten, jedenfalls sofern sich die politischen Angebote im demokratischen Wettbewerb nach den politischen Zeitpräferenzen der Wählermehrheiten richten.

Diese Sorge teilt auch die Mehrheit der Interviewten. Kurzfristige Wahlgeschenke an Eltern zur Verbesserung ihrer Lebenssituation scheinen ihnen als Auswirkung eines Kinderwahlrechts wahrscheinlicher als nachhaltige und langfristige Problemlösungen.

„Dann könnte die Regierung geneigt sein, das Kindergeld zu erhöhen, aber wieder einmal nicht langfristig in Bildung zu investieren. Ebenso würden Eltern wählen. Egoistisch und kurzsichtig.“ (w, 41, 2 Kinder)

Dabei wurde auch deutlich, dass viele sich bei dem Gedankenexperiment eines Kinderwahlrechts in einem inneren Konflikt befanden: Würde man die zusätzlichen Stimmen der Kinder im Sinne ihrer vermuteten Langfristinteressen und für mehr Generationengerechtigkeit einsetzen, oder würde man die Stimmen der Kinder nach eigener Präferenz abgeben und dadurch die Kinder sogar benachteiligen, indem man nicht in ihrem Sinne wählt?

„Ich kann nicht für meine Kinder entscheiden und ich kann sie nicht ausnutzen, um meiner Partei mehr Stimmen zu verschaffen.“ (w, 26, 2 Kinder)

Zusammenfassend lässt sich die Vermutung, ein Kinderwahlrecht würde automatisch die Langfristorientierung und Zukunftsverantwortlichkeit demokratischer Politik stärken, nicht bestätigen. Wahrscheinlicher ist sogar, dass sich durch das wachsende Stimmgewicht der Jüngeren und der Eltern in der mittleren Generation die Orientierung der Politik an heutigen Problemen noch einmal verstärken würde.

5. Die Sehnsucht nach Zukunftssicherheit

Auch bei zunehmender Gegenwarts- und Kurzfristorientierung in der Bevölkerung besteht über alle Generationen hinweg der Wunsch nach langfristiger Stabilität und Sicherheit und die Erwartung an die Politik, langfristig und zukunftsorientiert zu handeln. Der Rückzug in die Gegenwart verstärkt offensichtlich bei vielen Menschen ihr schlechtes Gewissen, die Zukunft zu vernachlässigen.

In Kürze:

Bei gleichzeitig zunehmender Gegenwartsorientierung im eigenen Handeln (vgl. Befund 1) ist das Bedürfnis nach langfristiger Stabilität und Sicherheit durch eine stärkere Zukunftsorientierung der Politik über alle Generationen hinweg groß. Die Bürger erwarten von der Politik zukunftsorientiertes Handeln und das Bemühen um die Lösung langfristiger Probleme. Sie fühlen sich unwohl in ihrer Wahrnehmung, dass Politik nur reagiert und kurzfristiges Krisenmanagement betreibt, anstatt sich zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit um die langfristigen Probleme und Herausforderungen zu kümmern. Viele Menschen wünschen sich deshalb eine stärkere Ausrichtung und Bindung der Politik an die Langfristperspektive. Vorgeschlagen werden dabei Institutionen, wie z. B. Sachverständigenkommissionen und Expertenräte, von denen man sich die Minimierung gegenwartsbezogener Lobbyinteressen ebenso erhofft, wie die längerfristige Orientierung politischer Entscheidungen über die begrenzten Zeithorizonte einer Wahlperiode hinaus.

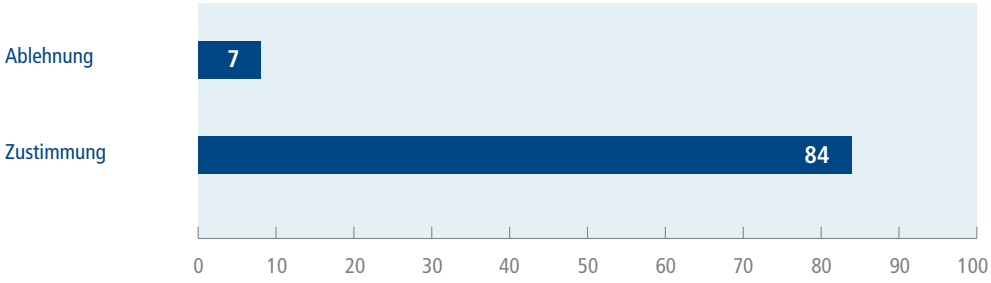
Die eingangs beschriebene Entwicklung hin zu einer kurzfristigen Gegenwartsorientierung im Handeln über alle Generationen hinweg ist zwar real vorhanden, entspricht aber nicht den tieferliegenden Wünschen und Ansprüchen vieler Menschen an sich selbst. Viele sehnen sich nach langfristigen und klaren Zukunftsvisionen. Sie wünschen sich von der Politik, solche Zukunftsvisionen nicht nur zu entwickeln, sondern sie auch zu erklären und zu vermitteln, damit sie für die Menschen greifbar und verstehbar werden und sie darüber entscheiden können. Die Menschen wünschen sich Hilfestellung für ihren Umgang mit der komplexen politischen Realität und äußern das häufig als explizite Anforderung an die Politik.

Das zeigt sich auch in der Repräsentativumfrage: 84 Prozent der Deutschen stimmen der Aussage zu, dass ein Politiker nicht nur seine eigene Meinung vertreten, sondern auch den Bürgern helfen sollte, sich in der Politik zurechtzufinden. Nur sieben Prozent lehnen diese Aussage ab (Abbildung 5).

Abbildung 5: Der Wunsch nach politischer Orientierung

Angaben in Prozent

Frage: Wenn jemand sagt: Ein Politiker sollte nicht nur seine politische Meinung vertreten, sondern auch den Bürgern helfen, sich in der Politik zurechtzufinden. Sehen Sie das auch so?



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren, n=1621.

Quelle: Allensbach Archiv, IfD-Umfrage 11027 (Juli 2014). | BertelsmannStiftung

Doch nicht nur bei der Orientierung in komplexen politischen Zusammenhängen wünschen sich Bürger Unterstützung. Sie äußern auch mehrheitlich den Wunsch nach einem langfristig orientierten Handeln der Politik. Immerhin deutlich mehr als die Hälfte (54 Prozent) erwarten, dass Politik immer die langfristigen Auswirkungen von Entscheidungen berücksichtigt und zur Not auch auf die Lösung kurzfristiger Probleme verzichtet, wenn dadurch zusätzliche Belastungen für die Zukunft entstehen. Im Gegensatz dazu entscheidet sich nur ein Drittel der Bevölkerung (33 Prozent) für die Lösung aktueller Probleme auch dann, wenn dies der Zukunft schadet (Abbildung 6).

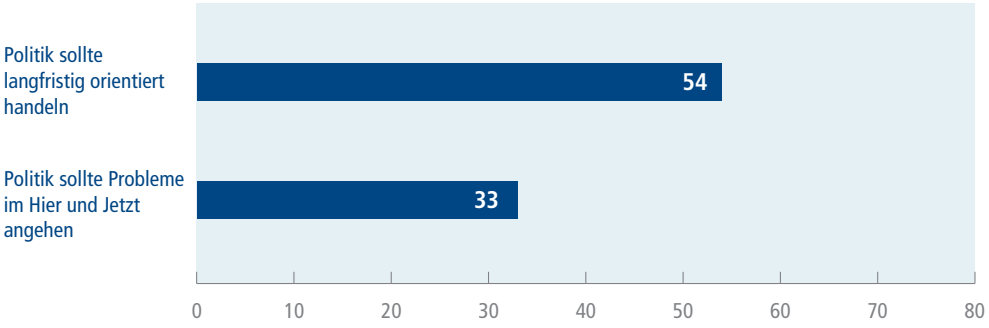
Trotz der insgesamt und vor allem bei Jüngeren und Eltern stark ausgeprägten Gegenwartsorientierung (vgl. dazu Abbildung 3, S.26) zeigt sich in diesen Zahlen nun die Zerrissenheit vieler Menschen: zum einen im tatsächlichen Handeln und Entscheiden eine sogar noch zunehmende Orientierung an der Gegenwart, zum anderen der Anspruch und der Wunsch nach Langfristorientierung auch dann, wenn diese den unmittelbaren Anforderungen und Bedürfnissen der Gegenwart entgegensteht.

Abbildung 6: Anforderungen an die Politik

Angaben in Prozent

Aussage „Politik sollte langfristig orientiert handeln": Ich erwarte von der Politik vor allem, dass sie bei Entscheidungen, die sie heute trifft, immer miteinbezieht, wie sich diese Entscheidungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auswirken. Zur Not sollte sie auch auf Maßnahmen verzichten, die heute zwar das Problem lösen, aber in Zukunft für Schwierigkeiten sorgen könnten.

Aussage „Politik sollte Probleme im Hier und Jetzt angehen": Natürlich ist es auch wichtig, langfristig zu denken, aber hauptsächlich erwarte ich von der Politik, dass sie bei ihren Entscheidungen das Hier und Jetzt im Blick hat und die heutigen Probleme angeht und löst.



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahren, n=1621.

Quelle: Allensbach Archiv, IfD-Umfrage 11027 (Juli 2014). | BertelsmannStiftung

Für die Politik ergibt sich daraus ein nicht einfach aufzulösendes Dilemma: Eine stärkere Gegenwartsorientierung bedient zwar die kurzfristigen Interessen und Bedürfnisse, widerspricht aber der ebenso vorhandenen Sehnsucht vieler Menschen nach Langfristigkeit und Zukunftssicherheit.

Als mögliche Strategie, diesem Dilemma zu begegnen, formulieren einige der Befragten sehr explizit den Wunsch, Langfristigkeit und Zukunftsorientierung in Zukunft stärker institutionell in der Politik zu verankern, z. B. über Expertenräte, die sich ohne politisch-taktische Überlegungen zu relevanten Themen äußern können, und die sich nicht an Legislaturperioden, sondern an längeren Zeithorizonten orientieren. Braucht die Politik folglich eine „Odysseus-Strategie", um trotz zunehmender Gegenwartsorientierung im Handeln dem Wunsch nach mehr Zukunftssicherheit gerecht zu werden?

II. Braucht unsere Demokratie eine „Odysseus-Strategie“?

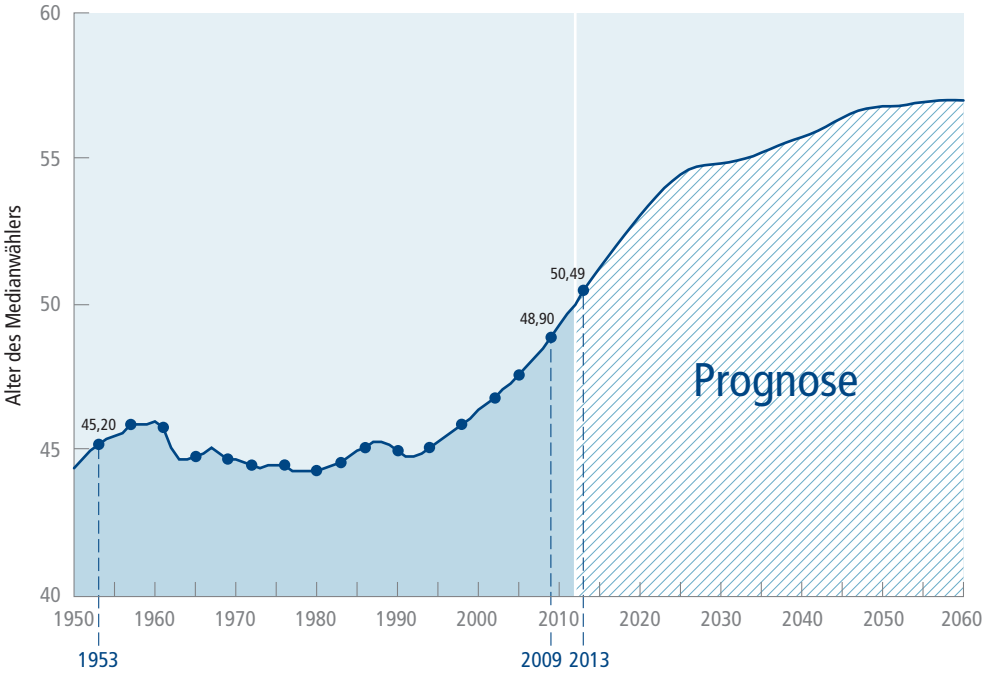
Christina Tillmann, Robert Vehrkamp

Die Befunde der vorliegenden Studie zeichnen ein Bild der Deutschen zwischen kurzfristiger Gegenwartsorientierung im Handeln auf der einen Seite und dem Wunsch nach langfristiger Stabilität und Zukunftsorientierung auf der anderen Seite. Das stellt unsere Demokratie und die Politik vor eine Herausforderung.

Schon aus ihrer Eigenlogik orientiert sich Politik in Demokratien eher an der kurzen Dauer von Legislaturperioden und strebt dabei nach Machtabsicherung und Stimmenmaximierung. Gleichzeitig zeigt die Altersentwicklung des Medianwählers (Abbildung 7), dass das Gewicht der älteren

Abbildung 7: Altersentwicklung des Medianwählers

Angaben in Jahren



● Bundestagswahlen 1953, 1957, 1961, 1965, 1969, 1972, 1976, 1980, 1983, 1987, 1990, 1994, 1998, 2002, 2005, 2009, 2013

Basis: 1950-2012 Bevölkerungsfortschreibung; ab 2013: 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder, Variante 1-W2, Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung; ab 2013: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder. Variante 1-W2; Obergrenze der „mittleren“ Bevölkerung.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Generation im Elektorat, also der Anteil der Älteren an allen Wahlberechtigten, schon heute groß ist und weiter wächst.

Bei der Bundestagswahl 2013 war erstmals mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten 50 Jahre oder älter. Demographische Berechnungen zeigen, dass das bereits seit Mitte der 1990er Jahre von damals etwa 45 auf heute gut 50 Jahre gestiegene Alter des Medianwählers auch in Zukunft kontinuierlich weiter ansteigen wird.

Überdies zeigen Studien, dass die Wahlbeteiligung in der älteren Generation überproportional höher ist als in der jüngeren und mittleren Generation.[6] Insofern gilt schon heute: „Wer bei Wahlen die Mehrheit der über 60-Jährigen erreicht, hat die Wahl gewonnen.“[7] Politik orientiert sich daran und gibt den Interessen der Älteren bewusst oder unbewusst größeres Gewicht, insbesondere kurz vor Wahlen.[8] Die Diskussionen und Entscheidungen zur Mütterrente und zur Rente mit 63 vor und nach der Bundestagswahl 2013 sind anschauliche Beispiel dafür.

Dennoch scheinen die Befunde der vorliegenden Studie das vielzitierte Problem einer zukunftsvergessenen Rentnerdemokratie ja zunächst sogar zu entschärfen: Wenn Ältere im Durchschnitt politisch zukunftsorientierter handeln und entscheiden als Jüngere und die Eltern der mittleren Generation, dann ist zumindest von den heutigen Rentnern eine abnehmende Zukunftsverantwortlichkeit durch Beharren auf ihren situativen Rentnerinteressen nicht zu befürchten.

Im Gegenteil: Solange die Gruppe der Älteren noch von der Generation dominiert wird, deren weltanschauliche Orientierung stark ausgeprägt ist und die ihre politischen Präferenzen und Entscheidungen aus weitgehend festen Leitbildern ableiten, könnte die Zukunftsorientierung in der Gesellschaft im Durchschnitt sogar noch zunehmen.

Da es sich dabei aber nicht um Alterseffekte, sondern um Generationeneffekte handelt, ist in fernerer Zukunft mit einer politisch deutlich anders sozialisierten Rentnergeneration zu rechnen, die auch im Alter voraussichtlich eher pragmatisch, situativ, themenbezogen und gegenwartsorientiert entscheiden wird (vgl. Kapitel III dieser Studie).

Umso wichtiger ist es, dass Politik und Gesellschaft sich schon heute Gedanken darüber machen, wie langfristige Zukunftsorientierung auch unter diesen Bedingungen sichergestellt werden kann. Als konstruktiver Ausgangspunkt könnte sich dabei die auch bei Rentnern von übermorgen – also den heute noch eher Jüngeren – ausgeprägte Sehnsucht nach langfristiger Zukunftssicherheit erweisen.

[6] Vgl. hierzu u.a. Thomas Petersen, Dominik Hierlemann, Robert B. Vehrkamp, Christopher Wratil. Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit bei der Bundestagswahl. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2013.
[7] Vgl. hierzu Renate Schmidt. Lasst unsere Kinder wählen! München 2013: 34.
[8] Für eine ausführliche Diskussion vgl. Tine Stein. Zum Problem der Zukunftsfähigkeit der Demokratie. In: Bernward Gesang (Hrsg.). Kann Demokratie Nachhaltigkeit?, Wiesbaden 2014: 47–63.

Das Bild einer **„Odysseus-Strategie“** drängt sich auf: In der griechischen Sage ließ sich Odysseus an den Mast seines Schiffes binden, damit er nicht in Versuchung geriet, sein Schiff in Richtung des verlockenden Gesangs der Sirenen zu lenken – so sehr er auch wollte. Eine ähnliche Strategie könnte die Politik nutzen, um nicht der „Verlockung“ der Kurzfristigkeit zu erliegen.

Das Einführen von **Verfassungsgrundsätzen**, die Politik daran binden, z. B. für mehr Generationengerechtigkeit, Nachhaltigkeit oder eine Begrenzung staatlicher Schuldenaufnahme zu sorgen, ist ein möglicher Weg, mit einer an Odysseus erinnernden Strategie sicherzustellen, Politik stärker an das Grundsatzziel der Langfristigkeit und Zukunftsorientierung zu binden – so sehr und gerade weil sie im konkreten Einzelfall immer wieder geneigt sein wird, der Kurzfrist- und Gegenwartsorientierung nachzugeben.

Das **Kyoto-Protokoll** ist ein Beispiel aus der Klimapolitik für eine „Odysseus-Strategie“. Es trat 2005 in Kraft und enthält rechtsverbindliche Begrenzungs- und Reduzierungsvorgaben für Treibhausgase. Die über 190 unterzeichnenden Staaten wollen so der Erderwärmung entgegen wirken.[9] Diese verbindliche Selbstverpflichtung soll gewährleisten, Wirtschafts- und Industrieinteressen durch den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen zu regulieren. Doch lässt die Verbindlichkeit und damit die Wirksamkeit auf supranationaler Ebene noch zu wünschen übrig. Auch auf nationaler Ebene ist das ein wichtiges Kriterium für die Wirksamkeit von Maßnahmen und Institutionen.

Auch in Deutschland gibt es bereits einige Ansätze, Langfristigkeit und Zukunftsorientierung institutionell abzusichern. Sie dienen vor allem den Zielen der Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Ein Beispiel dafür ist der **Parlamentarische Beirat für Nachhaltige Entwicklung** in Deutschland. Dieser Beirat wurde erstmals 2004 eingerichtet, er begleitet die nationale Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung und die europäische Nachhaltigkeitsstrategie parlamentarisch. Er soll „Anwalt langfristiger Verantwortung im politischen Geschehen sein, Politik für kommende Generationen strukturieren“[10]. Als Instrumente stehen ihm Empfehlungen und Stellungnahmen zur Verfügung. Es ist geplant, dass der Rat zukünftig eine Generationenbilanz erarbeitet soll, die Belastungen für künftige Generationen transparent macht.

Daneben gibt es auf Bundes- und auch auf der Landesebene **Nachhaltigkeitsprüfungen**. „Die seit Beginn der 17. Wahlperiode verpflichtende Nachhaltigkeitsprüfung leistet einen wichtigen Beitrag, um politische Entscheidungen in Deutschland aus der strukturellen Gegenwartsbezogenheit herauszulösen. Sie ist ein Weg zu mehr Generationengerechtigkeit und zu einer zukunftsfähigen Politik. Mit der Nachhaltigkeitsprüfung wird keine politische Entscheidung getroffen. Sie sorgt

[9] www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/internationale-eu-klimapolitik/kyoto-protokoll (Abruf am 10. November 2014).
[10] www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Nachhaltigkeitsstrategie/3-nachhaltige-entwicklung-alle-sind-Partner/parlamentarischer-beirat/_node.html (Abruf am 2. November 2014).

aber dafür, die Langfristwirkung von Gesetzentwürfen und Verordnungen transparenter darzustellen und damit letztendlich Prioritätenabwägungen zu ermöglichen.“[11] Das Problem wird in der Beschreibung deutlich: Es bleibt bei Empfehlungen und Stellungnahmen, die nicht unmittelbar verbindliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Der Blick über den Tellerrand Deutschlands zeigt ein weiteres interessantes Konzept, das **Intergenerational Earmarking**. Darunter versteht man die Einführung einer Regelung, nach der Steuereinnahmen aus einem Bereich, der für Generationengerechtigkeit relevant ist, nur in einem anderen ebenso für Generationengerechtigkeit relevanten Bereich ausgegeben werden dürfen. Das könnte bedeuten, dass Einnahmen von Steuern aus dem Umweltbereich in frühkindliche Bildung investiert werden.[12] In seiner Reinform ist das Intergenerational Earmarking noch nicht umgesetzt, es wird aber in der laufenden Debatte in seiner potenziellen Wirksamkeit für Generationengerechtigkeit von vielen hoch bewertet.

Auch international versucht man nicht nur über Regelungen und Vorgaben, sondern auch über die Einrichtung neuer Institutionen, die Generationengerechtigkeit und Langfristorientierung als Auftrag haben, einen Impuls zu setzen. In Ungarn gab es beispielsweise einen **Ombudsmann für zukünftige Generationen** („Parliamentary Commissioner for Future Generations“). Als unparteiische Schiedsperson, die mit einer Zweidrittel-Mehrheit des Parlaments gewählt wurde, hatte er die Aufgabe, die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen zu schützen. Er wurde zu jedem Gesetzesentwurf und zu jeder staatlichen Initiative konsultiert, durch die nachhaltige Entwicklung beeinflusst werden konnte, hatte Rederecht in allen Ausschüssen und Parlamentssitzungen und kam auf dieser Basis z. B. zur Einschätzung, dass der Haushaltsentwurf 2012 zu überarbeiten sei. Zwischen 2008 und 2012 wat der Ombudsmann mit Personal, eigenem Budget und weitgehenden Kompetenzen ausgestattet (bis hin zur Aufhebung von Regierungsentscheidungen), wurde dann aber politisch entmachtet. Vor allem entlang der umfangreichen Vetorechte entzündete sich eine politische Debatte; die Vetorechte werden auch als ein (inoffizieller) Grund für die Abschaffung des Amtes genannt.[13]

Und auch für Deutschland liegt ein Vorschlag zur Einrichtung einer neuen Institution vor: Die bereits bestehenden Beiräte und Räte für nachhaltige Entwicklung und Finanzen sollen in einer **Zukunftsinstanz** zusammengeführt und dem neuen Gremium ein Initiativrecht für Gesetze im Deutschen Bundestag gegeben werden. Ein Vetorecht soll diese neue Institution nicht haben, um die ohnehin schon große Anzahl an Vetospielern im bundesdeutschen Föderalismus nicht noch zusätzlich zu erhöhen. Ein Initiativrecht würde jedoch einen konstruktiven Input ermöglichen.[14]

[11] Ebenda.
[12] Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Generationengerechtigkeit in alternden Gesellschaften – ein OECD Ländervergleich, Gütersloh 2013: 8.
[13] Vgl. hierzu: Sandor Fülop. Der ungarische Parlamentsbeauftragte für zukünftige Generationen. In: Bernward Gesang (Hrsg.). Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Wiesbaden 2014: 76–83.
[14] Vgl. Jörg Tremmel. Parlamente und zukünftige Generationen – das 4-Gewalten-Modell. In: APuZ 38–39, 2014.

Die genannten Beispiele unterscheiden sich stark im Grad ihres festgeschriebenen und auch real ausgeübten Einflusses auf politische Entscheidungen. In der konkreten Ausgestaltung muss zudem jeweils eine Balance gefunden werden zwischen einem möglichst großen Effekt im Sinne der Zukunftssicherung auf der einen Seite und der Gefahr einer schleichenden Entdemokratisierung, wenn immer mehr Entscheidungen den demokratisch legitimierten Akteuren zu entzogen werden. Die Einführung von Expertenräten mit Entscheidungsmacht in spezifischen Politikfeldern, wie sie zum Teil auch in den Befragungen der vorliegenden Studie von Bürgern selbst vorgeschlagen werden, stellt uns vor diese Herausforderung.

„Ich fände beispielsweise einen Expertenrat gut, der für zehn Jahre plant, weg von Lobbypolitik, weg von Interessen, hin zu einer Systematik, die über eine Legislaturperiode hinaus geht. Ich wünsche mir da langfristigeres Denken.“ (m, 46, mit 2 Kindern)

Brauchen und wollen wir also mehr Odysseus in der deutschen Politik? Und wenn ja, wie lassen sich solche Odysseus-Strategien für mehr Langfristorientierung und Zukunftsverantwortung konkret gestalten sowie hinreichend demokratisch legitimieren und kontrollieren, ohne ihre Wirksamkeit von vornherein wieder einzubüßen? Eine Debatte, die vor dem Hintergrund der Befunde dieser Studie über die Zukunftsfähigkeit unserer Demokratie im demographischen Wandel lohnend scheint.

III. Wähler und Wahlverhalten 2050 – eine psychologische Spekulation

Stephan Grünewald

Ausgangsbefund 1:

Im Jahr 2050 wird die Hälfte der potenziellen Wähler älter als 56,8 Jahre sein und damit nah am Rentenalter.[15] Allerdings werden diese Wähler kaum mit den heutigen Wählern vergleichbar sein, da sie ganz anders politisch sozialisiert wurden.

Diese Hypothese stützt sich auf die Kernergebnisse der für die Bertelsmann Stiftung durchgeführten rheingold-Studie[16]: Wähler, die heute zwischen 50 und 70 Jahre alt sind, haben in ihrer politischen Sozialisation meist ein klares politisches Leitbild entwickelt, das in Wahl- oder Richtungsentscheidungen als innerer Kompass fungiert. Politische (Wahl-)Entscheidungen und Präferenzen sind daher meist relativ stabil und langfristig ausgerichtet. Von kurzfristigen Wahlgeschenken oder situativem Eigennutz lassen sich diese Wähler in der Regel nur selten beeinflussen. Im Jahr 2050 wird es diesen Wähler-Typus allerdings nicht mehr geben.

Vorherrschend werden dann die Wähler sein, die heute zwischen 19 und 32 Jahre alt sind. 2050 werden sie zwischen 55 und 68 Jahre alt sein und damit eine der größten Wählergruppen stellen. Die politische Meinungsbildung und das Wahlverhalten dieser Generation ist viel pragmatischer und situationsabhängiger, da konsistente politische Leitbilder als Richtschnur langfristiger Entscheidungen meist fehlen. Der Wahl-O-Mat soll häufig garantieren, eigene politische Entscheidungen mit den situativen persönlichen Interessen abzugleichen.

Welche konkreten Erwartungen diese Wähler 2050 an die Politik richten werden, ist Gegenstand der vorliegenden psychologischen Spekulation. Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen und Hypothesen ist, dass sich aufgrund der bereits vollzogenen politischen Sozialisation die grundsätzlichen Anspruchshaltungen und Entscheidungsmuster dieser Wähler in den nächsten Jahrzehnten nicht wesentlich ändern werden. Das setzt aber voraus, dass in dieser Zeitspanne keine einschneidenden und umwälzenden Ereignisse wie etwa Kriege, gravierende wirtschaftliche Krisen, Epidemien oder die Ausbreitung fundamentalistischer Strömungen im Ausland stattfinden, die diese Haltungen und Muster umformen.

[15] Vgl. hierzu: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014.
[16] Vgl. hierzu: rheingold institut. Politische Meinungsbildung und ihre Einflussfaktoren, Köln 2014.

Ausgangsbefund 2:

Gemeinsam ist den Wählern, die 2050 älter als 55 Jahre alt sein werden, dass sie in einem gesellschaftlichen Klima zunehmender Entideologisierung und Entpolitisierung politisch „sozialisiert" wurden.

Die Anspruchshaltungen und Entscheidungsmuster dieser Wähler lassen sich noch genauer beschreiben, wenn man neben der Studie der Bertelsmann Stiftung auch die großen qualitativ-psychologischen rheingold-Jugendstudien mit einbezieht. Diese Studien werden alle acht Jahre durchgeführt. Junge Leute werden dabei zwei Stunden lang von Psychologen intensiv in Bezug auf ihr Lebensgefühl und auf ihren Lebensalltag befragt und somit sinnbildlich auf die Couch gelegt. So ergibt sich ergänzend zu den quantitativ ausgerichteten Shell-Studien ein tiefenpsychologischer Blick in die Seelenlage einer Generation.

Bezug genommen wird hier auf die

- **Jugend-Studie 1994 „Generation Coole Gleichgültigkeit"**[17]
- **Jugend-Studie 2002 „Generation Kuschel"**[18]
- **Jugend-Studie 2010 „Generation Biedermeier"**[19]

Die **coolen Jugendlichen in den 1990er Jahren** grenzten sich von ihren politisch interessierten und mit der Politik stärker mitleidenden Eltern ab. Sie stellten sich unbewusst die Frage, wie man nach dem Ende des Kalten Krieges und der Teilung Deutschlands schuldlos und vor allem schmerzlos erwachsen werden kann. Mit Blick auf die Geschichte ihrer Eltern und Großeltern kamen sie zum dem Schluss, dass Schuld und Schmerz immer dann entstehen, wenn man mit Leidenschaft an einer Idee oder Ideologie festhält: Der Großvater glaubte an das „Tausendjährige Reich" und den Führer. Er stand 1945 vor den Trümmern seines Weltbildes. Der Onkel im Osten hat an den Sozialismus geglaubt – und musste spätestens nach dem Zusammenbruch der DDR das Scheitern seines Wunschtraumes betrauern. Der eigene Vater hat an die APO-Ideale geglaubt und ist heute desillusioniert, zerknirscht und bürgerlich.

Das unbewusste Fazit der Jugendlichen war, dass man besser durchs Leben kommt, wenn man sich nicht politischen Träumen und Ideen verschreibt, sondern die Welt wie ein Fernsehspiel von einer coolen und gleichgültigen Warte aus betrachtet. Sie entwickelten daher eine Relativitätstheorie der Wirklichkeit: Es gibt keine letzten Wahrheiten – weder in der Religion, noch in der Politik. Alles ist letztlich relativ. Die Welt zerfällt in eine Vielzahl gleichermaßen gültiger Wahrheiten. Da nichts den Anspruch auf Normgebung reklamieren kann, da alles berechtigt und gleich gültig ist, kann man selbst auch gleichgültig sein. Wieso sich also wie die Eltern für eine Idee aufreiben oder für eine Überzeugung kämpfen? Dadurch macht man sich nur angreifbar und verletzbar – und begrenzt den Spielraum der eigenen Lebensoptionen.

[17] Vgl. hierzu Stephan Grünewald. Der Verlust der Leidenschaft – Die coole Gleichgültigkeit als Lebensprinzip. In: Stephan Grünewald (Hrsg.). Deutschland auf der Couch. Frankfurt 2006.
[18] Vgl. hierzu rheingold-Pressemitteilung zur „Generation Kuschel" 2002.
[19] Vgl. hierzu Stephan Grünewald. Jugend heute – Der Traum vom Angekommensein. In: Stephan Grünwald (Hrsg.). Die erschöpfte Gesellschaft. Frankfurt 2013.

Viele Jugendlichen stiegen so Anfang der 1990er Jahre aus dem gesellschaftlichen „Infight“ aus. Sie stritten nicht mehr mit ihren Eltern, Lehrern oder Politikern um den einzig richtigen Weg zu einer besseren Welt, sondern schlossen ein Stillhalteabkommen, das ein harmonisches Einvernehmen bei Versorgungsstabilität im Hotel Mama versprach.

Die Abkehr vom Politischen vollzieht auch die nachfolgende **„Generation Kuschel“** im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends. Angesichts des Zusammenbruchs der New Economy und des World Trade Centers am 11. September nahm sie die Welt zunehmend als unberechenbar und explosiv wahr. Halt und Stabilität suchen die Jugendlichen nicht mehr in einer tragfähigen politischen Überzeugung oder Ideologie, sondern in sozialen Bindungsbiotopen. Der Freundeskreis, das soziale Netzwerk, die Pflege vieler unterschiedlich verschachtelter Cliquen befriedigen die Sehnsucht nach haltgebender Bindung und Gemeinschaft. Nur gemeinsam ist und fühlt man sich stark – alleine glaubt man sich verloren. Die persönliche Leidenschaft gilt nicht dem Politischen, sondern der sozialen Kleindiplomatie. Harmonie, das bergende Gefühl von kuscheliger Nähe und Zugehörigkeit werden überall angestrebt – in der Schule, in der Clique, in der Familie oder spontan in der Straßenbahn. Das funktioniert aber nur, indem man flexibel, nett und anpassungsfähig bleibt. Politische Überzeugungen und Parteiungen behindern dabei eher die Suche nach dem gemeinsamen Nenner und den Wunsch nach Kontaktmaximierung.

Auch die **„Generation Biedermeier“**, die das zweite Jahrzehnt unseres Jahrtausends bestimmt, hat ein tiefe Sehnsucht nach Stabilität und Verlässlichkeit. Ihr Lebensgefühl ist diametral anders als das vieler Jugendlicher der 68er-Generation. Die Welt erscheint ihnen heute nicht mehr als borniert und betoniert, sondern als heillos zerrissen und brüchig. Diese Brüchigkeitserfahrungen werden oft schon in der Kindheit gemacht. Auseinanderbrechende Familien, alleinerziehende Mütter, Patchwork-Familien oder dissertierende Väter prägen mittel- oder unmittelbar die Lebenswirklichkeit. Brüchig wird aber auch die Sphäre des Politischen erlebt. Eine kafkaeske Krisenpermanenz, zwei Bundespräsidenten, die zurücktreten und sogar ein Heiliger Vater, der demissioniert, schüren die Zweifel an der Verlässlichkeit der privaten und staatlichen Institutionen – und wecken Ängste, in dieser zerrissenen Welt jederzeit abstürzen zu können.

Das Unverbrüchliche, Stabile und Treue wird daher zum Fixpunkt jugendlicher Zukunftsvorstellungen. Man träumt von einem kleinen Haus mit Garten, zwei Kindern und einem treusorgenden Ehepartner. Haltgebende Ordnungen und Regelwerke werden wieder aufgesucht. Werte wie Pünktlichkeit, Disziplin, Höflichkeit, oder Respekt erscheinen – ebenso wie Versicherungen, Bausparverträge oder eine Beamtenlaufbahn – nicht mehr als spießig, sondern als Garanten für die oft vermisste Stabilität und Verlässlichkeit. Der Elan und Ehrgeiz gilt meist nicht mehr dem Politischen, sondern der persönlichen Kompetenz-Hamsterei. Durch unzählige Praktika, Fremdsprachenkenntnisse, Auslandsaufenthalte und Zusatzqualifikationen will man sicherstellen, in der Zweiklassen-Gesellschaft einen Platz auf dem Oberdeck zu bekommen. Aber auch die leis-

tungswilligen Jugendlichen haben eine Sehnsucht nach bedingungslosen Liebe, einem bergenden Schutzraum, der sie trägt und auffängt und einer befriedigenden Work-Life-Balance. Und diese Sehnsucht sollen vor allem die Politik und die Parteien befriedigen.

Hypothese 1:

Die Erwartungshaltung an die Politik wird sich stark verändern: Sie schwankt zwischen Stabilitätssehnsucht und rasanten politischen Umschwüngen.

Aufgrund dieser prägenden Jugenderfahrungen werden diese Wähler keine politischen Zukunftsutopien entwickeln. Im Fokus ihres politischen Bewusstseins wird nicht das Ringen um die richtige und zukunftsweisende Weltanschauung und das damit verbundene Gesellschaftsmodell stehen, sondern eine tiefe Sehnsucht nach Stabilität, Konstanz und Verlässlichkeit. Das Stillhalteabkommen mit der Politik wird unter der Bedingung fortgesetzt werden, dass die Politik das Kunststück fertigbringt, gleichzeitig stabile Rahmenbedingungen zu garantieren und die partiellen Versorgungs- und Konsumwünsche der Wähler zu erfüllen. Zugespitzt formuliert werden die regierenden Parteien daran gemessen, ob es ihnen gelingt, Zustände wie im Hotel Mama fortzuschreiben. Die Supermarktmentalität beim Wahlverhalten wird zunehmen und man lässt sich bereitwillig von kurzfristigen Sonderangeboten vor allem der Regierenden verlocken, wenn gleichzeitig die Angebotskonstanz gewährleistet bleibt.

Allerdings wird die Stabilitätssehnsucht der Wähler von einer psychologischen Unterströmung flankiert werden. Ein schwelendes und immer wieder neu aufflackerndes Misstrauen wird die Parteien und die Regierenden begleiten. Denn die Grunderfahrung der Zerrissenheit, Brüchigkeit und fehlenden Verlässlichkeit dieser Generationen führt zu einer latenten **Skepsis** gegenüber Parteien und dem Politischen überhaupt. Diese Skepsis fördert die Bereitschaft der Wähler bei politischer Enttäuschung zu **rasanten Umschwüngen** bzgl. politischer Präferenzen und Wahlentscheidungen.

Hypothese 2:

Parzellierung der Parteienlandschaft im Windschatten einer konservativen Volkspartei.

Für die politische Landschaft könnte das bedeuten, dass sich eine große und im Kern **konservative Volkspartei** wie die CDU behaupten und die Stabilitätswünsche dieser Wähler aufgreifen wird. Derzeit versteht es Angela Merkel, als nationale „Mutti“ den Hotel-Mama-Anspruch zu erfüllen und gleichzeitig Sonderangebote sprich Wahlgeschenke zu verteilen. Insofern steckt derzeit in Mutter Merkel auch ein wenig Tante Emma. Neben dieser konservativen Volkspartei wird sich eine Fülle kleiner Parteien herausbilden, die – losgelöst von einem ganzheitlichen politischen Entwurf oder Sinnzusammenhang – einzelne Themen und partiale Interessen gegenüber dem konservierenden Mainstream artikulieren werden.

Hypothese 3:

Das Sozialprestige vor allem männlicher Politiker wird weiter abnehmen und der „Nachwuchs" an qualifizierten Politikern wird erschwert.

Bereits heute lässt sich eine latente Skepsis gegenüber Vätern und Vaterfiguren in der Gesellschaft beobachten. Diese Skepsis ist häufig durch die beschriebenen Brüchigkeitserfahrungen in der Familie entstanden und hat sich durch viele Skandale und Enttäuschungen (Karl-Theodor zu Guttenberg, Christian Wulff, Horst Köhler) auch in der Politik bestätigt. Das Sozialprestige der männlichen Politiker, die psychologisch betrachtet häufig als Vaterfigur fungieren, wird weiter abnehmen. Zumal die Politiker ja auch nicht mehr – wie zu Zeiten von Willy Brandt oder Franz Josef Strauß – als Repräsentanten eines visionären und zukunftsweisenden ideellen Führungsanspruchs gesehen werden. Ein Indiz für diese Entwicklung ist, dass heute die beliebtesten Politiker in Deutschland Frauen sind: Angela Merkel und Hannelore Kraft.

Das schwindende Prestige der Politiker wird in den nächsten Jahrzehnten dazu führen, dass es immer schwieriger werden wird, junge und qualifizierte Menschen für den Beruf des Politikers zu begeistern, zumal die ideelle Triebfeder schwächer sein wird. Die Politiker, die sich dieser Aufgabe dennoch stellen, laufen Gefahr, angesichts der latenten Skepsis und der rasanten Umschwünge in der Wählergunst langfristig zu **resignierten Idealisten** zu werden.

Hypothese 4:

Die Opferbereitschaft und damit die Steuermoral werden langfristig in der Bevölkerung stark nachlassen.

Vor allem durch das Internet ist in den jungen Generationen eine neue Philosophie des Teilens entstanden: Teilen steht nicht mehr in einer Halbierungslogik, wie etwa bei der Mantelteilung von Sankt Martin, sondern in einem **Multiplikationsmodus**. Eine Sache teilen heißt, sie auf Knopfdruck so zu vervielfältigen, dass alle Freunde oder Bekannten partizipieren können. Persönliche Opfer oder Einbußen sind mit der neuen Art des Teilens nicht verbunden. Opfer und Abgaben werden daher in Zukunft nicht mehr in dem Maße wie zu früheren Zeiten als innere Notwendigkeit eines Gemeinwesens gesehen, sondern tendenziell als Zumutung und Willkür erlebt. Die von der Piratenpartei artikulierten Forderungen nach bedingungslosem Grundeinkommen und freier Fahrt in öffentlichen Verkehrsmitteln sind Ausdruck dieser neuen Philosophie des Teilens. Langfristig werden die Steuermoral und die Bereitschaft zu Abgaben in der Bevölkerung nachlassen.

Hypothese 5:

Ein gesellschaftliches Verantwortungsvakuum wird entstehen, weil Verantwortung weder von den Wählern übernommen, noch an die Politiker delegiert werden wird.

In den jungen Generationen wird das Besitzideal mehr und mehr durch einen **Verfügbarkeitsanspruch ersetzt**. Vor allem das immer beliebtere Carsharing ist ein Modell für einen Bereitstel-

lungsanspruch, der den Zugriff auf persönliche Mobilität möglichst uneingeschränkt sicherstellt, dabei aber persönliche Verantwortung, Wartung und Zukunftspflege komplett an den Anbieter delegiert. Auch im Bereich der Politik wird die Bereitschaft der Wähler schwinden, persönliche Verantwortung zu übernehmen.

Allerdings wird Verantwortung auch nicht komplett an die Politiker delegiert werden. Durch soziale Medien wie Facebook u. a. ist eine Art Kontroll- und Transparenzwahn entstanden. Alles, was in der (politischen) Welt geschieht, soll jederzeit einseh- und nachvollziehbar sein. Der Transparenzwahn schafft die Illusion, immer potenziell mitentscheiden, mitsteuern und alles verstehen zu können. Faktisch wird das von den Wählern zwar nicht eingelöst werden, da sie weder die Zeit, noch das Interesse, noch die Expertise dafür haben. Allerdings schwindet ihre Bereitschaft, zu akzeptieren, dass etwas sich dem eigenen Fassungsvermögen entzieht und dadurch für einen selbst undurchsichtig und unverständlich ist. Die mangelnde Akzeptanz eigener Kompetenzdefizite führt dazu, dass man den Politiker nicht mehr als Experten, als kompetenten Gestalter sieht, der vertrauensvoll mit einer auf vier Jahre dauernden Gestaltungshoheit ausgerüstet werden kann. Dadurch entsteht langfristig ein Verantwortungsvakuum, das den politischen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum beeinträchtigen wird.

Hypothese 6:

Politisches Handeln vieler Wähler wird sich meist in spontanen Affektabfuhren erschöpfen – auch jenseits der Wahlen.

Das Verantwortungsvakuum wird heute oft schon durch das Diktat der Meinungsumfrage gefüllt, mit der Politiker sich am Wähler orientieren und der einzelne Wähler an der vermeintlichen Mehrheit. Das erschwert es zunehmend, langfristig relevante und unbequeme, aber als notwendig erachtete Entscheidungen zu treffen. Die sozialen Netzwerke fungieren dabei mehr und mehr als private Foren der Meinungsbildung und Meinungsmache. Psychologisch betrachtet erlauben sie ihren Mitgliedern, Ohnmachtsgefühle angesichts globaler und/oder unüberschaubarer Probleme durch spontane Affektabfuhren zu behandeln. Die sozialen Netzwerke haben daher in Bezug auf politische, gesellschaftliche oder wirtschaftliche Themen oft den Charakter eines intersozialen Gerichtshofes. Durch eine punktuelle und kollektive Machtdemonstration kann der User in eine überlegene „Davids-Position“ gelangen und missliebige Goliaths, das heißt Marken oder Unternehmen, Politiker oder Parteien abstrafen. Diese spontanen Affektabfuhren gehorchen meist einer hysterischen oder wahnhaften Logik und unterminieren zusätzlich eine an langfristigen Überzeugungen ausgerichtete politische Gestaltung.

In Dave Eggers aufrüttelndem Zukunftsroman „The Circle“ wird die Funktion der sozialen Medien zur unmittelbaren Affekt- und Entscheidungssteuerung politische Wirklichkeit. Der fiktive „Circle“ ist ein in Kalifornien ansässiges Internetunternehmen, das die Geschäftsfelder von Google, Apple, Facebook und Twitter geschluckt hat. Alle Circle-Kunden sind mit einer einzigen Internetidentität ausgestattet, über die einfach alles abgewickelt werden kann. Es gibt keine Anonymität

mehr, sondern totale Transparenz. Politische Entscheidungen werden unmittelbar in Echtzeit von allen Wählern über eine Art Smartphone getroffen. Dadurch entsteht für alle Wähler ein Druck zu einer direkten und meist nicht tiefer reflektierten Entscheidungsreaktion.

Hypothese 7:

Zukünftige Jugendgenerationen und damit ein großer Teil der Wähler werden sich möglicherweise im Jahr 2050 stärker als bisher zu fundamentalistischen Weltanschauungen hingezogen fühlen.

Im Jahr 2050 wird die Hälfte der potenziellen Wähler jünger als 56,8 Jahre alt sein. Welche grundsätzlichen Anspruchshaltungen und Entscheidungsmuster diese Wähler aufgrund ihrer politischen Sozialisation ausbilden werden, lässt sich heute noch nicht absehen, weil sie zum Teil noch gar nicht geboren wurden oder jünger als 20 Jahre alt sind. Ihre politische Sozialisation hat entweder noch gar nicht stattgefunden oder sie ist zumindest bei allen unter 18 Jahren noch nicht abgeschlossen. Der Versuch, über diese Wähler eine Zukunftsprognose zu wagen, gleicht daher einer Spekulation zweiten Grades.

In einem ersten Schritt muss spekuliert werden, wie sich zukünftige Jugendkulturen im Hinblick auf ihr Lebensgefühl und ihre Anspruchshaltung verändern werden. In einem zweiten Schritt kann man dann erst Vermutungen anstellen, was die Fortschreibung dieser Haltung für das Verhalten dieser Wähler bedeuten könnte. Um an dieser Stelle keine Zukunftsgleichung mit zwei Unbekannten zu eröffnen, begnüge ich mich mit dem Hinweis auf eine mögliche Wandlung der Jugendkultur.

Die latente Angst, in einer multioptionalen, brüchigen, zerrissenen und immer unüberschaubareren Welt haltlos zu werden und abzustürzen, wird in Zukunft vielleicht nicht mehr durch Anpassung, Leistungsbereitschaft, Kontaktmaximierung und ein Stillhalteabkommen mit Eltern und Politikern gebannt werden. Zukünftige Jugendgenerationen werden ihren Halt und eine klare Lebensausrichtung vielleicht wieder in einem politischen Fundamentalismus finden. Das Aufgreifen einfacher und fundamentaler Ideologien könnte verheißen, Ordnung ins Leben zu bringen.

Fundamentalistische Bewegungen wie derzeit der „Islamische Staat“ können auch für Jugendliche hierzulande in Zukunft eine Faszinationskraft entwickeln, weil sie die Welt radikal vereinfachen. Sie trennen zwischen gerechten und ungerechten, zwischen reinen und unreinen Verhaltensweisen. Das eigene Leben kann dadurch wieder eine machtvolle Stoßkraft entwickeln. Man folgt einem entschiedenen Auftrag, der stärker ist als alle Zweifel und Bedenken, die einen bislang lähmten. Was nicht der eigenen Entwicklungsrichtung entspricht, besitzt kein Existenzrecht und muss als Feind der rechten Gesinnung und einer idealeren Welt entschieden bekämpft werden. Der Absolutheitsanspruch, der mit fundamentalistischen Bewegungen verbunden ist, legitimiert oder „heiligt“ im Extrem die Vernichtung fremden oder auch des eigenen Lebens. Ein möglicher neuer Fundamentalismus stellt daher für das Jahr 2050 eine potenzielle Gefahr für eine lebendige Demokratie dar.

Anhang

Die Studie zeigt, dass die Altersstruktur der deutschen Gesellschaft und deren Veränderung durch den demographischen Wandel direkten Einfluss auf die Verteilung der Zukunftsorientierung in der Bevölkerung hat. Einige weitergehende Daten zu denen im Text beschriebenen demographischen Entwicklungen und Gegebenheiten sind in diesem Anhang zusammengefasst.

Im Juni 2014 analysierten Dr. Martin Bujard und Harun Sulak vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Wiesbaden) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung den fortschreitenden demographischen Wandel in Deutschland und die Auswirkung eines Kinderwahlrechts auf die Stimmgewichte unterschiedlicher Altersgruppen. Sämtliche Berechnungen erfolgten auf Grundlage offizieller Bevölkerungsstatistiken für Bund und Länder.

Tabelle 1: Bevölkerung in Deutschland insgesamt und Bevölkerung ab 18 Jahre, 2011 bis 2060

Bevölkerung in Mio. / Anteil in Prozent

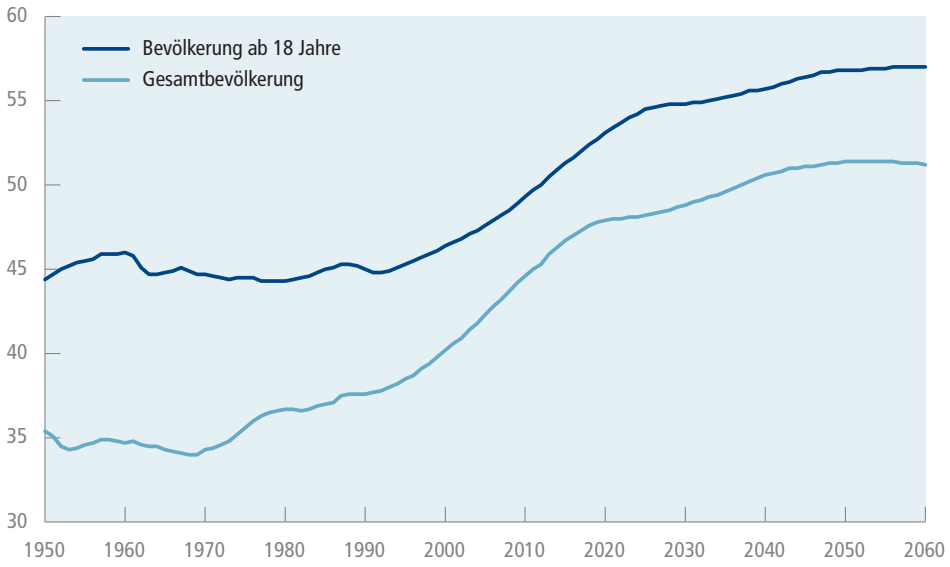
	Bevölkerung			Anteil Bevölkerung ab 18 Jahre an Gesamtbevölkerung
Jahr	ab 18 Jahre	Gesamt	Differenz	in Prozent
2011	67231	80328	13096	83,70
2012	67468	80524	13056	83,79
2013	68209	81101	12892	84,10
2014	68223	80982	12759	84,24
2015	68265	80875	12610	84,41
2016	68279	80781	12502	84,52
2017	68284	80690	12406	84,63
2018	68295	80603	12308	84,73
2019	68262	80519	12257	84,78
2020	68225	80437	12212	84,82
2021	68171	80346	12175	84,85
2022	68096	80244	12148	84,86
2023	68017	80131	12114	84,88
2024	67908	80007	12099	84,88
2025	67810	79870	12060	84,90
2026	67706	79722	12016	84,93
2027	67580	79562	11982	84,94
2028	67444	79392	11948	84,95
2029	67309	79213	11904	84,97
2030	67171	79025	11854	85,00
2031	67037	78830	11793	85,04
2032	66891	78627	11736	85,07
2033	66761	78418	11657	85,13
2034	66627	78203	11576	85,20
2035	66489	77981	11492	85,26
2036	66357	77753	11396	85,34
2037	66220	77517	11297	85,43
2038	66077	77273	11196	85,51
2039	65927	77020	11093	85,60
2040	65769	76757	10988	85,68
2041	65595	76484	10889	85,76
2042	65413	76201	10788	85,84
2043	65209	75907	10698	85,91
2044	64990	75604	10614	85,96
2045	64760	75291	10531	86,01
2046	64510	74969	10459	86,05
2047	64245	74639	10394	86,07
2048	63972	74301	10329	86,10
2049	63682	73957	10275	86,11
2050	63385	73608	10223	86,11
2051	63082	73255	10173	86,11
2052	62770	72899	10129	86,11
2053	62453	72541	10088	86,09
2054	62136	72183	10047	86,08
2055	61814	71827	10013	86,06
2056	61491	71473	9982	86,03
2057	61174	71125	9951	86,01
2058	60871	70782	9911	86,00
2059	60565	70447	9882	85,97
2060	60274	70120	9846	85,96

Datenbasis: 2011-2012 Bevölkerungsfortschreibung, ab 2013: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder. Variante 1-W2; Obergrenze der „mittleren" Bevölkerung.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Abbildung 8: Medianalter der Gesamtbevölkerung und der Bevölkerung ab 18 Jahren in Deutschland, 1950-2060

Medianalter in Jahren



Datenbasis: 1950-2012 Bevölkerungsfortschreibung, ab 2013: 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder, Variante 1-W2, Obergrenze der „mittleren" Bevölkerung.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Tabelle 2: Medianalter der Gesamtbevölkerung und der Bevölkerung ab 18 Jahre in Deutschland, 1950 bis 2005

Medianalter

	Bevölkerung ab 18 Jahre			Gesamtbevölkerung		
Jahr	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
1950	44,40	44,40	44,30	35,40	32,20	36,80
1951	44,70	44,70	44,70	35,10	31,90	37,10
1952	45,00	44,80	45,10	34,50	31,90	37,20
1953	45,20	44,90	45,40	34,30	31,90	37,10
1954	45,40	44,90	45,70	34,40	31,80	36,70
1955	45,50	44,90	46,00	34,60	31,60	36,60
1956	45,60	44,80	46,20	34,70	31,50	36,80
1957	45,90	45,00	46,50	34,90	31,60	37,10
1958	45,90	44,80	46,70	34,90	31,50	37,40
1959	45,90	44,40	46,90	34,80	31,40	37,60
1960	46,00	43,20	47,20	34,70	31,30	37,70
1961	45,80	42,50	47,50	34,80	31,40	37,90
1962	45,10	42,20	47,70	34,60	31,30	37,90
1963	44,70	42,20	47,70	34,50	31,10	37,90
1964	44,70	42,10	47,60	34,50	31,00	37,80
1965	44,80	41,80	47,10	34,30	31,00	37,70
1966	44,90	41,70	47,10	34,20	31,10	37,70
1967	45,10	41,80	47,40	34,10	31,20	37,70
1968	44,90	41,60	47,50	34,00	31,30	37,50
1969	44,70	41,30	47,60	34,00	31,40	37,30
1970	44,70	41,50	47,70	34,30	31,80	37,20
1971	44,60	41,40	47,70	34,40	32,10	37,20
1972	44,50	41,40	47,70	34,60	32,40	37,30
1973	44,40	41,20	47,70	34,80	32,60	37,40
1974	44,50	41,30	47,70	35,20	33,00	37,70
1975	44,50	41,40	47,70	35,60	33,20	37,90
1976	44,50	41,60	47,70	36,00	33,40	38,30
1977	44,30	41,70	47,60	36,30	33,60	38,60
1979	44,30	41,90	47,20	36,60	33,50	39,20
1980	44,30	42,00	47,00	36,70	33,40	39,50
1981	44,40	42,10	46,90	36,70	33,50	39,60
1982	44,50	42,40	46,90	36,60	33,80	39,80
1983	44,60	42,60	46,90	36,70	34,00	39,90
1984	44,80	42,70	47,00	36,90	34,30	40,10
1985	45,00	42,60	47,10	37,00	34,50	40,00
1986	45,10	42,60	47,20	37,10	34,70	39,90
1987	45,30	42,90	47,40	37,50	35,20	39,90
1988	45,30	42,60	47,60	37,60	35,30	39,90
1989	45,20	42,40	47,60	37,60	35,40	39,80
1990	45,00	42,40	47,60	37,60	35,50	39,90
1991	44,80	42,50	47,70	37,70	35,70	39,90
1992	44,80	42,60	47,60	37,80	35,80	40,00
1993	44,90	42,80	47,40	38,00	36,00	40,10
1994	45,10	43,10	47,40	38,20	36,40	40,30
1995	45,30	43,30	47,40	38,50	36,70	40,40
1996	45,50	43,60	47,50	38,70	37,10	40,60
1997	45,70	43,80	47,70	39,10	37,50	40,90
1998	45,90	44,10	47,80	39,40	37,90	41,20
1999	46,10	44,40	48,00	39,80	38,30	41,40
2000	46,40	44,70	48,10	40,20	38,80	41,70
2001	46,60	45,00	48,30	40,60	39,20	42,00
2002	46,80	45,30	48,40	40,90	39,60	42,40
2003	47,10	45,60	48,60	41,40	40,10	42,70
2004	47,30	45,90	48,80	41,80	40,60	43,10
2005	47,60	46,30	49,00	42,30	41,00	43,60

Datenbasis: 1950-2005 Bevölkerungsfortschreibung.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Tabelle 3: Medianalter der Gesamtbevölkerung und der Bevölkerung ab 18 Jahre in Deutschland, 2006 bis 2060

Medianalter

	Bevölkerung ab 18 Jahre			Gesamtbevölkerung		
Jahr	**Gesamt**	**Männer**	**Frauen**	**Gesamt**	**Männer**	**Frauen**
2006	47,90	46,60	49,30	42,80	41,60	44,00
2007	48,20	47,00	49,50	43,20	42,10	44,40
2008	48,50	47,40	49,80	43,70	42,60	44,90
2009	48,90	47,80	50,10	44,20	43,10	45,30
2010	49,30	48,20	50,40	44,60	43,50	45,70
2011	49,69	48,63	50,79	45,03	43,87	46,17
2012	50,00	48,97	51,10	45,35	44,18	46,51
2013	50,49	49,48	51,55	45,93	44,81	47,05
2014	50,88	49,89	51,91	46,31	45,18	47,44
2015	51,26	50,27	52,27	46,67	45,50	47,81
2016	51,63	50,65	52,64	47,02	45,80	48,17
2017	52,00	51,02	53,01	47,30	46,05	48,50
2018	52,36	51,37	53,35	47,55	46,23	48,80
2019	52,71	51,71	53,72	47,77	46,32	49,07
2020	53,06	52,05	54,07	47,90	46,38	49,29
2021	53,39	52,35	54,42	47,96	46,43	49,46
2022	53,70	52,62	54,75	48,02	46,48	49,59
2023	54,00	52,86	55,08	48,06	46,55	49,64
2024	54,24	53,07	55,38	48,12	46,63	49,69
2025	54,46	53,20	55,64	48,20	46,72	49,74
2026	54,63	53,26	55,87	48,29	46,84	49,81
2027	54,73	53,29	56,08	48,39	46,99	49,89
2028	54,78	53,31	56,23	48,52	47,13	50,01
2029	54,81	53,35	56,30	48,68	47,29	50,10
2030	54,84	53,40	56,34	48,83	47,44	50,26
2031	54,88	53,47	56,36	48,99	47,58	50,41
2032	54,94	53,54	56,40	49,13	47,73	50,58
2033	55,01	53,64	56,46	49,27	47,88	50,73
2034	55,09	53,76	56,53	49,42	48,06	50,88
2035	55,21	53,87	56,60	49,58	48,25	51,01
2036	55,32	53,98	56,70	49,76	48,46	51,17
2037	55,44	54,09	56,83	49,96	48,66	51,34
2038	55,55	54,18	56,94	50,16	48,86	51,52
2039	55,65	54,28	57,07	50,36	49,07	51,72
2040	55,74	54,39	57,17	50,55	49,20	51,92
2041	55,84	54,52	57,27	50,73	49,33	52,10
2042	55,96	54,67	57,36	50,85	49,41	52,29
2043	56,10	54,83	57,47	50,95	49,50	52,44
2044	56,26	54,97	57,59	51,03	49,56	52,53
2045	56,40	55,12	57,73	51,09	49,63	52,62
2046	56,54	55,22	57,87	51,13	49,71	52,68
2047	56,65	55,28	58,00	51,19	49,79	52,71
2048	56,72	55,33	58,13	51,27	49,86	52,74
2049	56,76	55,36	58,20	51,33	49,91	52,78
2050	56,80	55,38	58,25	51,38	49,97	52,85
2051	56,80	55,42	58,27	51,41	49,98	52,88
2052	56,81	55,48	58,26	51,43	49,98	52,89
2053	56,85	55,53	58,25	51,42	49,98	52,91
2054	56,91	55,58	58,26	51,40	49,97	52,90
2055	56,94	55,62	58,29	51,38	49,96	52,85
2056	56,97	55,66	58,32	51,35	49,94	52,81
2057	57,00	55,68	58,33	51,31	49,94	52,78
2058	57,01	55,69	58,35	51,29	49,94	52,71
2059	57,01	55,69	58,35	51,28	49,92	52,67
2060	57,00	55,72	58,34	51,25	49,93	52,64

Datenbasis: 2006-2012 Bevölkerungsfortschreibung, ab 2013: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Bundes und der Länder. Variante 1-W2; Obergrenze der „mittleren" Bevölkerung.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Tabelle 4: Frauen und Mütter mit minderjährigen Kindern nach Altersgruppen, 2012

Angaben in 1.000

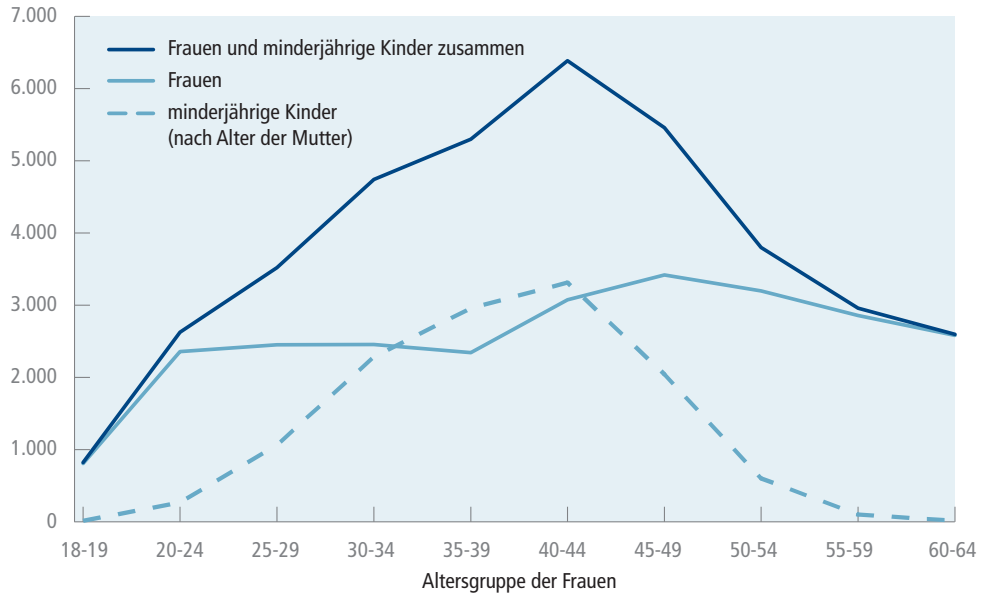
Altersgruppe der Frauen / Mütter	Frauen insgesamt	Mütter mit minderjährigen Kindern	Minderjährige Kinder bei Müttern	Minderjährige Kinder je Frau
18-19	809	14	15	0,02
20-24	2365	217	269	0,11
25-29	2460	725	1069	0,43
30-34	2464	1357	2290	0,93
35-39	2348	1629	2966	1,26
40-44	3082	1967	3322	1,08
45-49	3427	1405	2047	0,60
50-54	3207	486	604	0,19
55-59	2866	86	100	0,03
60-64	2590	11	13	0,00

Anmerkungen: Mütter und minderjährige Kinder nur in Privathaushalten, ohne minderjährige Mütter und deren Kinder.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Abbildung 9: Frauen nach Altersgruppen und minderjährige Kinder in Deutschland, 2012

Anzahl in 1.000



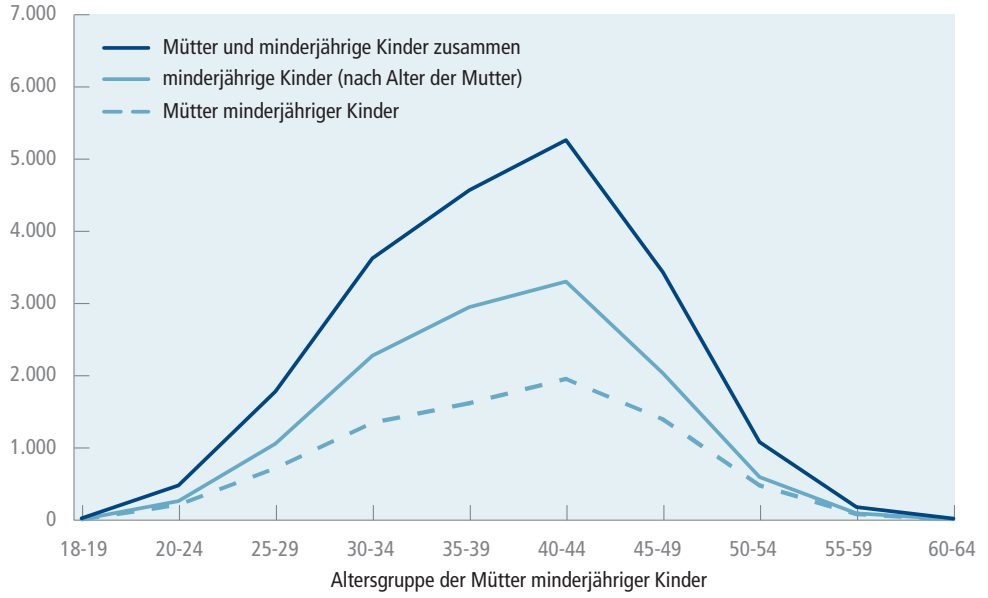
Anmerkung: Es wurden alle Frauen im Alter von 18- bis 64 Jahren unabhängig von der Staatsbürgerschaft betrachtet.

Datenbasis: Mikrozensus 2012.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Abbildung 10: Mütter nach Altersgruppen und minderjährige Kinder in Deutschland, 2012

Anzahl in 1.000



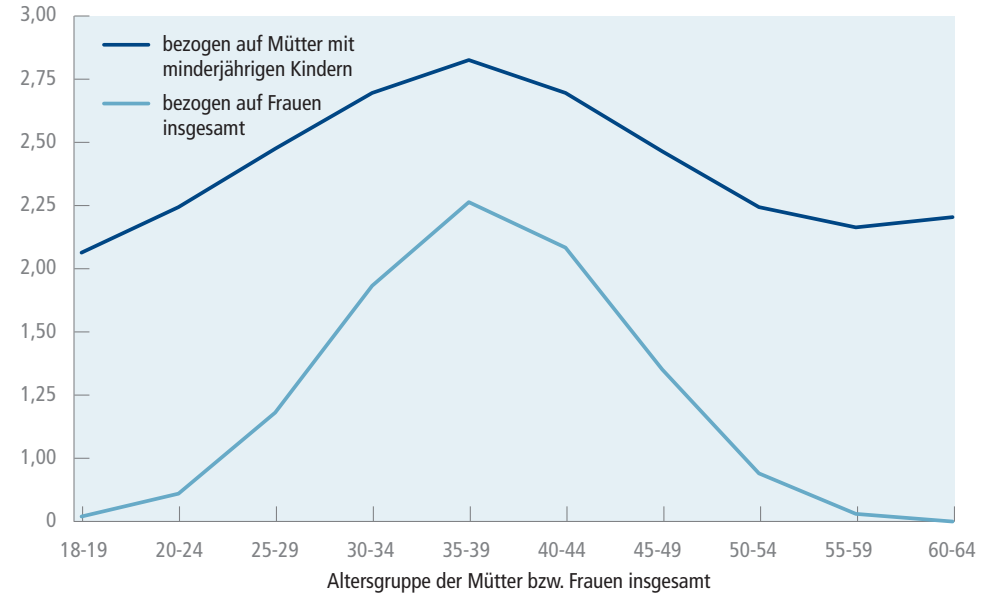
Anmerkung: Es wurden alle Mütter im Alter von 18- bis 64 Jahren unabhängig von der Staatsbürgerschaft betrachtet.

Datenbasis: Mikrozensus 2012.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Abbildung 11: Multiplikatoren des Stimmengewichts bei Frauen/Müttern durch Kinderwahlrecht in Deutschland, 2012

Multiplikator des Stimmengewichts



Anmerkung: Es wurden alle Frauen im Alter von 18- bis 64 Jahren unabhängig von der Staatsbürgerschaft betrachtet.

Datenbasis: Mikrozensus 2012.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Tabelle 5: Frauen und Mütter mit minderjährigen Kindern mit deutscher Staatsbürgerschaft nach Altersgruppen, 2012

Angaben in 1.000

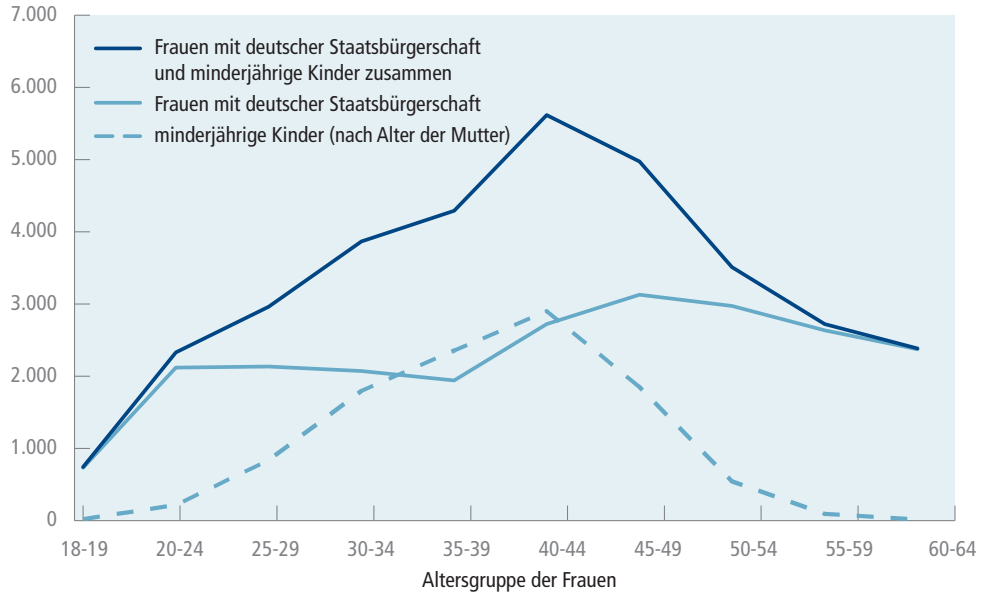
Altersgruppe der Frauen / Mütter	Frauen insgesamt	Mütter mit minderjährigen Kindern	Minderjährige Kinder bei Müttern	Minderjährige Kinder je Frau
18-19	722	12	13	0,02
20-24	2106	174	210	0,10
25-29	2122	582	830	0,39
30-34	2063	1094	1792	0,87
35-39	1930	1314	2348	1,22
40-44	2705	1722	2896	1,07
45-49	3111	1267	1845	0,59
50-54	2954	435	537	0,18
55-59	2620	74	86	0,03
60-64	2355	10	12	0,00

Anmerkungen: Mütter und minderjährige Kinder nur in Privathaushalten, ohne minderjährige Mütter und deren Kinder.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Abbildung 12: Frauen mit deutscher Staatsbürgerschaft nach Altersgruppen und minderjährige Kinder, 2012

Anzahl in 1.000



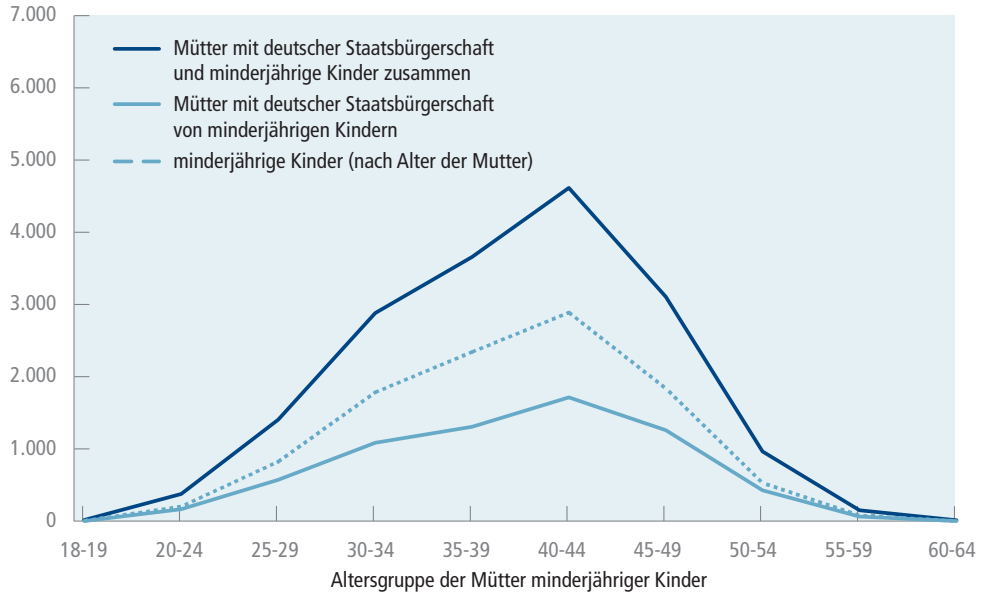
Anmerkung: Es wurden alle Frauen in Privathaushalten im Alter von 18- bis 64 Jahren mit deutscher Staatsbürgerschaft betrachtet.

Datenbasis: Mikrozensus 2012.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Abbildung 13: Mütter mit deutscher Staatsbürgerschaft nach Altersgruppen und minderjährige Kinder, 2012

Anzahl in 1.000



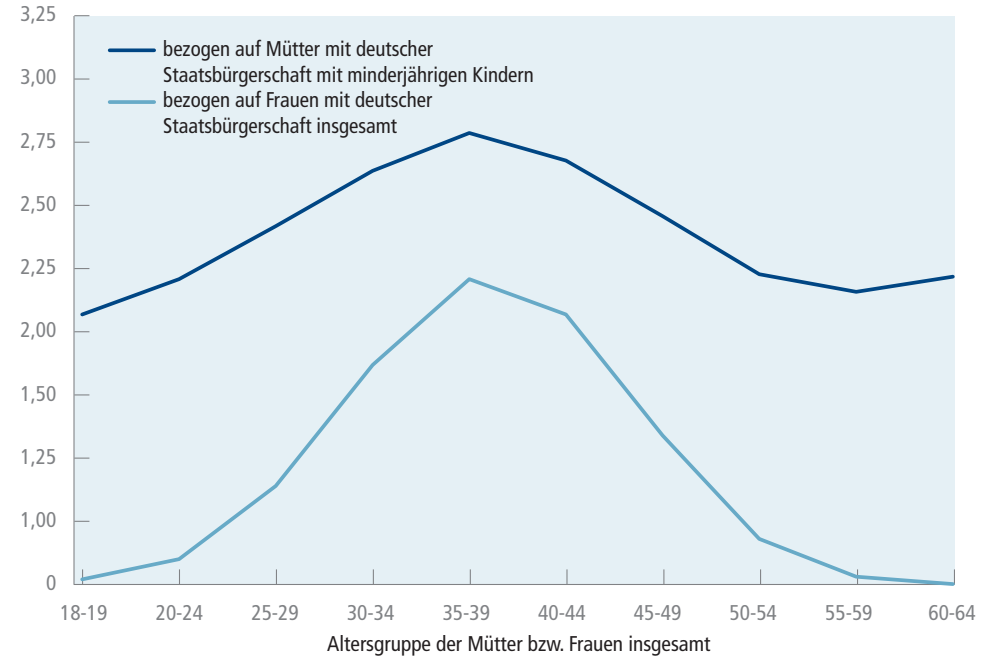
Anmerkung: Es wurden alle Mütter in Privathaushalten im Alter von 18- bis 64 Jahren mit deutscher Staatsbürgerschaft betrachtet.

Datenbasis: Mikrozensus 2012.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Abbildung 14: Multiplikatoren des Stimmengewichts bei Frauen/Müttern mit deutscher Staatsbürgerschaft durch Kinderwahlrecht in Deutschland, 2012

Anzahl in 1.000



Anmerkung: Es wurden alle Frauen in Privathaushalten im Alter von 18- bis 64 Jahren mit deutscher Staatsbürgerschaft betrachtet.

Datenbasis: Mikrozensus 2012.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014.

Tabelle 6: Multiplikator potenzieller Stimmen, 2012

Angaben in 1.000

							Durchschnittlicher Multiplikator	
Altersgruppe der Frauen / Mütter	**Frauen insgesamt**	**Mütter mit minderjährigen Kindern**	**Minderjährige Kinder bei Müttern**	**minderjährige Kinder pro Frau**	**Frauen und minderjährige Kinder zus.**	**Mütter und minderjährige Kinder zus.**	**Kinder-wahlrecht für Mütter***	**Kinder-wahlrecht für Frauen***
18-19	726	12	13	0,02	738	24	2,07	1,02
20-24	2.114	174	210	0,10	2.324	384	2,21	1,10
25-29	2.128	582	830	0,39	2.957	1.412	2,42	1,39
30-34	2.067	1.094	1.792	0,87	3.859	2.886	2,64	1,87
35-39	1.936	1.314	2.348	1,21	4.284	3.663	2,79	2,21
40-44	2.717	1.722	2.896	1,07	5.612	4.618	2,68	2,07
45-49	3.122	1.267	1.845	0,59	4.968	3.112	2,46	1,59
50-54	2.966	435	537	0,18	3.503	972	2,23	1,18
55-59	2.631	74	86	0,03	2.717	160	2,16	1,03
60-64	2.368	10	12	0,00	2.379	21	2,22	1,00
Gesamt	**22.773**	**6.684**	**10.568**	**0,46**	**33.341**	**17.253**	**2,58**	**1,46**

Anmerkungen: Mütter und minderjährige Kinder nur in Privathaushalten, ohne minderjährige Mütter und deren Kinder.

Quelle: Martin Bujard und Harun Sulak. Berechnungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden 2014. | BertelsmannStiftung

Über die Autoren

Prof. Dr. Robert Vehrkamp, Director des Programms „Zukunft der Demokratie“, Bertelsmann Stiftung. Studium der Volkswirtschaftslehre, Politikwissenschaft und Neueren Geschichte in Bonn und Köln. Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftspolitik der Universität Witten/Herdecke. 2004 bis 2006 Mitglied des Präsidiums der Zeppelin University, Friedrichshafen; seit 2010 Professur für Volkswirtschaftslehre mit dem Schwerpunkt Europäische Wirtschaftspolitik an der Fachhochschule des Mittelstands (FHM) in Bielefeld. Seit 2003 bei der Bertelsmann Stiftung, u. a. als Projektleiter „Die Bundesländer im Standortwettbewerb“ und seit 2006 mit den Arbeitsschwerpunkten Politische Partizipation, Bürgerbeteiligung und Demokratie.

Stephan Grünewald führt im rheingold-Institut mit seinen Kollegen jedes Jahr mehr als 5000 Tiefeninterviews zu aktuellen Fragen aus Markt, Medien und Gesellschaft durch. Zu den Schwerpunkten seiner Arbeit zählt die Trend- und Gesellschaftsforschung. In seinem Bestseller „Deutschland auf der Couch“ analysierte er die Seelenlage und Befindlichkeiten der Deutschen. Er hat zudem zahlreiche Studien zu den Themen Lebensalltag, Jugend und Kultur in Printmedien, aber auch in TV- und Hörfunkbeiträgen veröffentlicht. Zu seinem jüngsten Buch „Die erschöpfte Gesellschaft“ sagt Denis Scheck im Deutschlandfunk: „Stephan Grünewald ist einer der scharfsinnigsten und sprachmächtigsten deutschen Gesellschaftsanalytiker. Sein neues Buch stellt den Leistungswahn in Frage und will uns Effizienz- und Exportweltmeistern endlich wieder das Träumen lehren.“

Christina Tillmann, Senior Project Manager, Programm „Zukunft der Demokratie“, Bertelsmann Stiftung. Studium der Politikwissenschaft und des Öffentlichen Rechts in Münster mit Forschungsaufenthalten in den USA, Studium der Verwaltungswissenschaften an der DHV Speyer. Politik- und Strategieberatung in Deutschland und in den USA. Seit 2008 bei der Bertelsmann Stiftung als Leiterin verschiedener Projekte zu den Themen Strategie von Politik, Politische Partizipation und Demokratie. Co-Autorin eines Lehrbuchs zur Steuerung von politischen Reformprozessen (Dräger, Tillmann, Frick. Wie politische Ideen Wirklichkeit werden. Wiesbaden 2014).

Rose Beaugrand, Project Manager, Programm „Zukunft der Demokratie“, Bertelsmann Stiftung. Studium von European Studies und Social Policy an den Universitäten Magdeburg, Prag und der London School of Economics. Forschungsprojekt zur demokratischen Teilhabe von nationalen Minderheiten in Deutschland. Wissenschaftliche Mitarbeit an Projekten der London School of Economics, sowie der Europäischen Kommission und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Seit 2013 bei der Bertelsmann Stiftung mit den thematischen Schwerpunkten Politische Partizipation, Demokratie und Zeithorizonte politischer Entscheidungen.

Impressum

© 2014 Bertelsmann Stiftung

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Verantwortlich
Prof. Dr. Robert Vehrkamp
Christina Tillmann
Rose Beaugrand

Lektorat
Sibylle Reiter

Gestaltung
Markus Diekmann, Bielefeld

Fotos
Titelfoto: fotolia / Picture-Factory
Portraits: Arne Weychardt, Steffen Krinke,
Benjamin Balsereit

Druck
Matthiesen Druck, Bielefeld

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Prof. Dr. Robert Vehrkamp
Programm Zukunft der Demokratie
Telefon +49 5241 81-81526
Fax +49 5241 81-681526
robert.vehrkamp@bertelsmann-stiftung.de

Christina Tillmann
Telefon +49 5241 81-81335
Fax +49 5241 81-681335
christina.tillmann@bertelsmann-stiftung.de

Rose Beaugrand
Telefon +49 5241 81-81514
Fax +49 5241 81-681514
rose.beaugrand@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de

BertelsmannStiftung